

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Ziel: Beträufelte Arbeiter und in allen Straßen erhältlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostschlesien
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaftler / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen

Bezugspreis monatlich (inkl. Post) 2 RM (halbjährlich 10 RM, durch die Post bezogen monatlich 2 RM, ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdener Verlagsgesellschaft m. b. H. Dresden-III / Geschäftsstelle u. Expedition: Osterbahnpoststr. 2 / Fernsprecher: 17 250 / Postfach Dresden Nr. 15 600, Dresdener Verlagsgesellschaft
Schreibleitung: Dresden-III, Osterbahnpoststr. 2 / Fernspr. Amt Dresden Nr. 17 250 / Drahtnachricht: Arbeiterstimme Dresden / Schreibstunden der Redaktion: Wochentags 4-6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

3. Jahrgang Donnerstag, den 8. Dezember 1927 Nummer 285

Verhandlungen gescheitert!

Die reaktionäre Beamtenbefolgung der Hebertregierung

Gegenstoß der KPD in der Beamtenfrage

Seit Monaten verkündete die sächsische Bürgerblockregierung, daß sie den wiederholten Beschlüssen des Landtages endlich nachkommen wollte und eine Beamtenbefolgungsvorlage zum Landtag gebe. Trotz immerwährender Drängens der Beamten, deren Forderungen durch die Kommunisten entschieden unterstützt wurden, hat die Regierung die Vorlage erst jetzt eingebracht.

Die sächsische Bürgerblockregierung weiß, daß die durch die steigende Teuerung in Not geratenen Beamten die durch die Vorlage erwartete Gehaltserhöhung dringend benötigen. Die Beamten warten auf eine solche Erhöhung gerade vor den Weihnachtstagen. Darauf hat die Regierung spekuliert und die Vorlage erst jetzt an den Landtag gegeben. Diese Vorlage stellt eine geradezu schamlose Verhöhnung der unteren und mittleren Beamten dar. Die Regierung will durch die kurze Frist, die sie dem Landtag zur Erledigung der Vorlage gibt, eine gründliche Beratung derselben und insbesondere Verbesserungen für die unteren Beamten verhindern.

Die kommunistische Fraktion wandte sich von Anfang an gegen dieses Mandat der Regierung. Die KPD wird mit aller Entschiedenheit gegen die Durchsetzung der Vorlage ankämpfen. Um dabei den unteren Beamten aber wirklich zu helfen und diesen auch vor den Weihnachtstagen noch einige Mittel zu geben, hat die Fraktion folgenden Antrag gestellt:

Obgleich die Regierung wiederholt durch Landtagsbeschlüsse und Eingaben der Beamtenorganisationen während der letzten beiden Jahre zur Vorbereitung einer Befolgungsreform veranlaßt worden ist, hat sie für das Einbringen ihrer entsprechenden Vorlage einen Zeitpunkt gewählt, der eine gründliche und sachliche Durchberatung dieser Vorlage unmöglich macht. Diese Maßnahme kann nicht anders gedeutet werden, als eine tatsächliche Ausweitung des Landtages, eine Desorganisation der Beamtenforderungen und eine Verhöhnung der Forderungen der unteren und mittleren Beamten. — Die Not der Beamten, die eine Mittelbewilligung noch vor Weihnachten erheißt, darf nicht ausgehöhlet werden, um eine schlecht vorbereitete und unzulänglich aufgearbeitete Befolgungsvorlage ohne genügende Beratung zu verabschieden.

Die kommunistische Fraktion beantragt deshalb:
Der Landtag wolle beschließen, die Regierung zu beauftragen, a) die in der Vorlage 33 vorgesehene Gehaltssätze als 3 w i l l e n r e g e l u n g — rückwirkend ab 1. Oktober 1927 — bis Mitte Dezember an die Beamten vorläufigweise auszusprechen; b) die dazu erforderlichen Mittel in Höhe von 9 339 470 RM zu bewilligen.
Dresden, am 7. Dezember 1927.

Köhler
u. die übrigen Mitglieder der kommunistischen Landtagsfraktion.

Die KPD wird heute, wo die Beamtenbefolgung beraten wird, mit aller Entschiedenheit für die Behandlung dieses Antrages eintreten. Die Beamtenorganisationen haben sich schon für eine solche Regelung ausgesprochen.

Schlag gegen die KPD

Der Geschäftsordnungsausschuß des Reichstages hatte beschlossen, die Verfolgung der KPD-Führer vor der Auflösung des Reichstages nicht zuzugeben.

Wie die „Deutsche Zeitung“ jetzt meldet, werden die Bürgerblockparteien in Abänderung des Beschlusses des Geschäftsordnungsausschusses über die Strafverfolgung der kommunistischen Abgeordneten Stoeker, Roosen, Hoenke, Hecker, Kammelle und Pfeiffer wegen Vorbereitung zum Hochverrat (es handelt sich um den Zentrale-Prozess) im Reichstage beantragen, daß die Immunität dieser Abgeordneten insoweit aufgehoben werden soll, als die Anberaumung eines in die fallende Zeit fallenden Hauptverhandlungstermines und die laufende Zeit für zulässig erklärt werden. Von dem Zeitpunkt an bis zum Sommerferien des Reichstages ab soll die Immunität dieser Abgeordneten ganz aufgehoben und auch die Verhaftung der Abgeordneten oder ihre Verhaftung zugelassen sein.

Während die Schwerindustrie zum Schlag gegen die Arbeiter ausstößt, holt der Bürgerblock zum Schlag gegen die reaktionäre reaktionäre Arbeiterklasse aus. Die KPD soll getroffen und an der Führung des Kampfes der Arbeiter verhindert werden.

Der Schlag, der hier gegen die KPD geführt werden soll, ist ein Angriff gegen die gesamte Arbeiterklasse. Die Arbeiterklasse muß sich geschlossen gegen diesen Schandplan wenden.

Heute Schiedsspruch des Schlichters

Die Teufelherren verbreitern die Kampffront — Stilllegung der Ruhrzechen

Essen, 8. Dezember. (Eigenes Drahtbericht.)

Die gestern vormittag 9 Uhr begonnenen Parteiverhandlungen im Ruhrkonflikt sind gescheitert. Der Bezirksleiter des DMB Wolff gab zu Beginn der Sitzung im Namen der Vertreter der freien Gewerkschaften folgende Erklärung ab:

„Der Deutsche Metallarbeiterverband erklärt für die beteiligten freien Gewerkschaften, daß die Stilllegungsanfrage des Arbeitgeberverbandes der nordwestlichen Gruppe eine starke Provokation der gesamten Arbeiterklasse darstellt und als unzulässiges Druckmittel auf Arbeitnehmerseite und auf die Öffentlichkeit angesehen werden muß. Der DMB erklärt weiter, daß ihn diese Maßnahme des Arbeitgeberverbandes von seiner bisherigen Haltung nicht abbringen kann, und wenn seine Vertreter an den heutigen Verhandlungen trotzdem teilnehmen, so nur deshalb, weil es ihnen ernst ist mit der Wahrnehmung der Interessen ihrer Mitglieder.“

Der christliche Gewerkschaften beantragte Vertagung der Parteiverhandlungen, bis „Achtung“ über die angekündigten Stilllegungsmassnahmen des Arbeitgeberverbandes bekannt. — Die Arbeitgeberverbände lehnen die Vorschläge der freien Gewerkschaften, die an ihren bisherigen Forderungen festhielten, und auch den Vertagungsantrag der christlichen Gewerkschaftsführer ab, unter der Begründung, daß die Wirtschaftslage keine weitere Steigerung der Gehaltskosten zulasse. Als die Gewerkschaften eine Diskussion über die Arbeitszeitverordnung vom 16. Juli ablehnten und verlangten, daß sie in vollem Maße aufrechterhalten werden müsse, wurden die Verhandlungen abgebrochen. Der vom Reichsarbeitsminister gestellte Schlichter Dr. Joosten, der den Verhandlungen als Zuhörer beizuhöhen, hat darauf die Parteien zu Schlichtungsverhandlungen für Donnerstag eingeladen.

Mittlerweile geht die Stilllegungsaktion der Schwerindustrie weiter, und auch die Kohlenherren beraten schon über Stilllegungsmassnahmen, da durch den Ausfall an Kohlenlieferungen an die Eisen- und Stahlindustrie, die ungefähr 40 Prozent der deutschen Kohlenproduktion benötigte, weitgehende Arbeitsentstellungen in der Kohlenindustrie nicht zu vermeiden wären.

Die Schwerindustriellen versuchen in einer ganzen Reihe von Betrieben, auf die Arbeiter entsprechend einzuwirken, daß diese ihr Einverständnis mit einer Lohnkürzung und Arbeitszeitverlängerung erklären, um dadurch einen Druck auf die Verhandlungen auszuüben und die Gewerkschaftsvertreter vor fertige Tatsachen stellen zu können. Dieses Ansinnen wird von der gesamten Arbeiterklasse, ob freigewerkschaftlich, christlich oder kirchlich, entschieden abgelehnt. So haben die Belegschaften der dem Adlerkonzern gehörigen Zechen Centrum 4 und 6, Johann Deimelsberg und Adler die Vorschläge der Verwaltung, die Arbeitszeit auf neun Stunden

zu verlängern und eine Lohnkürzung vorzunehmen, einmütig abgewiesen. Die Verwaltung hat erklärt, daß sie nunmehr die Zechen stilllegen wird, da sie die bisherige Zubehör von 840 000 Mk. nicht mehr erhöhen will. Nur bei verlängertem Arbeitszeit und durch Entlassung von 200-250 Arbeitern könnten die Zechen ohne Verlust weiter arbeiten.

Wie aus Essen berichtet wird, herrscht unter der christlichen Metallarbeiterklasse eine große Erbitterung über die schändliche Kompromißwirtschaft bei den Zentralgewerkschaften, die von einer gemeinsamen Aktion mit dem Deutschen Metallarbeiterverband ausdrücklich abgerückt sind.

Vom Mittelung der Regierung in Krensberg haben die Vereinigten Stahlwerke, Abteilung Westfälische Union, und Westfälische Drahtindustrie für den 8. Dezember Stilllegungsverhandlungen anberaumen lassen. Diese Maßnahme dient zur Unterstützung der Unternehmer bei den heute in Berlin stattfindenden Schlichtungsverhandlungen.

Die Eisen- und Stahlwerke wissen, daß sie auf ihren Arbeitgeberkreditminister Braun rechnen können. Da gehört das ganze Bürgerblockkabinett unter dem Vorhitz von Marx den Vortag von Braun über den Konflikt in der Schwerindustrie entgegenkam und darüber eine leiserliche Beratung im abließ, dürfte auch gestern bereits die Entscheidung im Sinne der Unternehmer gefallen und dem Schlichter für die heutigen Verhandlungen die Richtlinien gegeben worden sein.

Wie wir hören, beschloß das Bürgerblockkabinett, den Schlichter zu beauftragen, in jedem einzelnen Betrieb die Positionen der finanziellen Rückwirkungen der Arbeitslosenricht zu genau zu überprüfen. Dabei soll möglich bleiben, daß immer Regelungen von Fall zu Fall vorgenommen werden. Bei den Werken, für deren Bestand die Einführung der Achtstundenschiebt ab 1. Januar angeblich eine Gefahr bedeutet, würde die Zeit zur Einführung des Dreischichtsystems hinausgeschoben werden, damit die Betriebe in der Zwischenzeit die Rationalisierung durchführen können.

Die gesamte Arbeiterklasse muß sich darüber klar sein, daß in den kommenden Bewegungen um höhere Löhne und in den Arbeitszeitkonflikten sie aufs schwerste gefährdet sind, wenn die Eisen- und Stahlwerke mit Unterstützung der Bürgerblockregierung der Ansicht auf den Achtstundentag der Metallarbeiter gelangt. Die gesamte Arbeiterklasse muß schon heute in allen Betrieben und Gewerkschaften Stellung nehmen zu dem unausbleiblichen Kampf und ihre Vorbereitungen treffen für die Unterstützung der Metallarbeiterklasse und für das eigene entschlossene Eingreifen in den Kampf.

Auf der Tagesordnung steht das Kampfplakat der Metallarbeiter, Bergarbeiter, Transportarbeiter und Eisenbahner. Die Arbeiterklasse muß der Unfähigkeit der reformistischen Gewerkschaftsführer, die keinerlei Vorbereitungen zu einem umfassenden Kampfe treffen, aber immer wieder Treuegelübden zu dem Schlichtungsprozess des Bürgerblocks und zu dem Raub des Streikrechts ablegen (schon seit ein Ende machen und auch die Ausperrungsandrohung mit einem Streik auf der ganzen Linie beantworten.

Der Landtag und die Befolgungsreform

Seit 1926 drängen die Beamtenorganisationen zu einer entschiedenen Befolgungsbesserung und fordern gesetzliche Neuregelung ihrer Gehaltsbezüge. Weihnachten 1926 wurde ihnen eine lächerliche Winterbeihilfe gewährt und im Sommer 1927 — zum ersten Male in der Beamtenbefolgung — eine allgemeine Arznenunterstützung.

Die kommunistische Landtagsfraktion hat bei all diesen Aktionen aufs Entschiedenste die einmaligen Beihilfen als Ersatz für eine durchgreifende Befolgungsänderung und Gehaltserhöhung bekämpft. Sie hat mit Entschiedenheit eine Neuordnung der Befolgungsordnung verlangt und ganz besonders eine Aufbesserung der Bezüge der unteren und mittleren Beamten gefordert. Im Sommer dieses Jahres gingen die Beamten zum ersten Male auf die Straße und schon diese zaghafte Demonstration genügt, um die Regierungen zu der Versprechung zu veranlassen, baldigst — noch in diesem Jahre — eine Befolgungsänderung einzutreten zu lassen. Der Reichsfinanzminister Köhler hielt eine sehr gefühlvolle und vielversprechende Rede, der die Beamtenchaft jubelte, die sie aber bald als eine große verhöhnende Geste erkannte. Der Köhlerglaube der Beamtenchaft wurde aber endgültig erschüttert,

als der bestellte Einpruch des Reparationsagenten Parker Gilbert bekannt wurde.

Die Versprechungen der Regierungen und der Regierungsparteien wurden jedoch in irgendeiner Form eingehalten werden, und zur Zeit spielt sich im Reichstag ein interessanter Machtkampf um stückweises Abhandeln des Versprochenen ab. In

Sachsen übt man eine andere Taktik; man hat bisher die Vorbereitungen zu einem neuen Befolgungsgeheiß hinter geschlossenen Türen getroffen, hat die Vorlage bis zum Zeitpunkt des Auseinandergehens des Landtages zurückgehalten und dabei die Weihnachtshoffnungen der Beamten als Druckmittel auf das Parlament ausgeübt. Man will in kaum einer Woche das umfangreiche, einschneidende Gesetz verabschieden, den Beamten einen Hungerkuchen vorwerfen und möglichst jede Erörterung über die Vorlage verhindern, d. h. die reaktionäre Befolgungspolitik ungehindert durchführen. Die Regierung hat alle Ursache, eine Befolgungsänderung möglichst ohne Geräusch zu verabschieden, in der es vorkommt, daß ein Beamter gegenüber der alten Befolgungsordnung sich um 1500 RM und ein anderer Beamter sich um 30 RM verbessert.

Die kommunistische Landtagsfraktion wird mit allen Mitteln zu verhindern suchen, daß diese Ueberumpelungspolitik durchgeführt wird. Die Beamtenchaft wird dabei erfahren, daß dieser Kampf nicht im Parlament zum Siege geführt werden kann, sondern nur dann, wenn sich die Beamten auf ihre Kraft besinnen, wenn sie nicht als vereinzelte, auf einander vereiseltige Gruppen kämpfen und wenn sie sich mit denen koalieren, zu deren Klasse sie gehören: der Arbeiterklasse.

Wie die kommunistische Partei Sicherstellung der Existenz jedes Arbeiters und für alle Wertigkeiten eine allgemeine Altersversorgung auf Staatskosten verlangt, wird sie sich bei den Beamten ein-

Kampf gegen die Lohnsteuer!

Ein neuer Beitrag der Bürgerblockregierung

W. K. Der Lohnsteuerabzug, die nachrevolutionäre „Erzungschoß“ der Weimarer Koalition aus dem Jahre 1919, ist endlich wieder in den Mittelpunkt einer politischen Auseinandersetzung gerückt. Die Reichsregierung ist durch eine entsprechende Abmachung — die Ver Brünning genannt — von „Rechts wegen“ verpflichtet, die Erträge des Lohnsteuerabzuges nicht über einhundert Millionen RM monatlich steigen zu lassen. 100 Millionen RM monatlich, das war der Schandvertrag, den die SPD über die Lohnsteuer mit dem demokratischen Minister Reichold und dem Zentrumsführer Brüning zur Zeit der Marx-Stresemann-Regierung im Frühjahr 1925 abgeschlossen hat. Jetzt sind die Vertragspartner der SPD durch ihrer Unterfütterung so erstarbt, daß sie der sozialdemokratischen Fraktion im Reichstage förmlich ins Gesicht schlagen, um ihr zu zeigen, daß die Herren von der Bourgeoisie sich auch an feierlich geschlossene frühere Abmachungen mit ihren Agenten und Hausflechten sich niemals gebunden erachten.

Die Ver Brünning, dieses Hundert-Millionen-Kompromiß der bürgerlichen Mittel-Regierung mit der SPD, schreibt vor, daß alljährlich, wenn die Lohnsteuer 6 Monate hintereinander mehr als 100 Millionen RM gebracht hat, eine entsprechende Senkung dieser Steuer vorgenommen werden soll. Nun bringt die Lohnsteuer bereits seit Monaten Uebersteigerungen der 100-Millionen-Kompromißgrenze. In den Monaten Juni bis September wurden z. B. 41 Millionen RM Lohnsteuer zuviel gezahlt. Da der Ueberfluß von Monat zu Monat wächst, ist mit einer gewissen Mehrzahlung von über 100 Millionen RM für das Etatsjahr 1927/28 zu rechnen.

In ihrem Kampf gegen die Lohnsteuer hat die kommunistische Reichstagsfraktion bekanntlich vor Röhren, um den Arbeitern wenigstens diese Mehrzahlung vom Halbe zu schaffen, einen speziellen Antrag auf wirksame Senkung der Lohnsteuer eingebracht. Die SPD hatte in strenger Vertragstreue zur Bourgeoisie einen ganz vorläufigen Antrag eingebracht, nach dem beiseite nicht die 100-Millionen-Grenze unterschritten worden wäre. Ähnliches beantragte übrigens auch die Demokraten.

Als endlich der Steuerausfluß zusammentrat, um über diese Anträge zu entscheiden, schlug die Regierung durch einen Staatssekretär vor, alle Lohnsteuererleichterungsanträge von der Tapferordnung abzulehnen, da die Regierung — endlich — selber eine Vorlage ausgearbeitet habe, die dem Reichstag vorgelegt sei und in einer Woche dem Reichstag zur Entscheidung vorliege. Wie schon berichtet, weigerte sich die Regierung, über den Inhalt ihrer Vorlage Auskunft zu geben und eine sachliche Diskussion darüber zuzulassen. Diese schroffe Abgabe wurde durch den Zentrumskoordinator Brüning, den besonderen Vertragspartner der SPD, noch nachdrücklicher unterstrichen. Es wirkte wie ein Schlag ins Gesicht. Die SPD, die zunächst sehr zahm zu reden begonnen hatte, wurde durch den fast zynischen Ton der Bürgerblockleute immer mehr gereizt, so daß sie sich schließlich aufrufen mußte, ohne zunächst eine solche Absicht gehabt zu haben, mit den Kommunisten den Sitzungssaal zu verlassen und so die Sitzung zu sprengen.

Der neue Vertragsbruch der Bürgerblockregierung ist aber nicht nur formell, sondern auch sachlich von einer bodenlosen Frechheit. Wie bekannt wird, bringt die dem Reichstag zugeleitete Vorlage fast gar keine Entlastung für die unteren Lohnstufen, dafür aber erhebliche Geschenke für die Leute mit den

hohen Gehältern. Es soll nämlich keine Erhöhung des steuerfreien Existenzminimums erfolgen, sondern nur eine Herabsetzung des Steuerfußes von 10 auf 9 Proz. Das macht bei RM 100 steuerbarem Monatseinkommen RM 1 Steuererleichterung, aber bei den oberen Beamten und leitenden Angestellten bei Reichsmark 1000 Monatseinkommen RM 10 Ermäßigung. Der kommunistische Antrag will für die letzteren keinen Pfennig Erleichterung, sie sollen zahlen wie bisher. Unser Antrag will aber eine Herabsetzung der steuerlichen Freigrenze, so daß Arbeiter und untere Angestellte und Beamte den ganzen Vorteil der Steuererleichterung hätten, in dem sie bis zu rund RM 250 monatlich Lohnsteuerfrei wären, wenn sie verheiratet sind und mehrere Kinder haben. Der SPD-Antrag will in solchem Falle nur bis zu RM 150 monatlich steuerfrei lassen. Bisher gelang es im Laufe der Jahre wiederholt, solche Herabsetzung der steuerfreien Einkommensgrenze zu erreichen. Jetzt macht die Bürgerblockregierung mit dieser Praxis roh und brutal Schluss. Sie will den niederen Einkommen nur Erleichterungen in Groschen geben, den Großgehörten aber Geschenke in Goldstücken!

Für den neuen Reichsetat ist schon diese Praxis vorgesehen, denn für 1928 sind trotz Ver Brünning nicht RM 1 200 000 000, sondern RM 1500 Millionen Lohnsteuerertrag eingelegt. Die Lohnsteuerzahler verbanken diese Politik der Kompromißerei der SPD, die übrigens 1919 auch die Vaterkraft an der Methode des Lohnsteuerabzuges hatte. Auch jetzt wurden der Bürgerblockregierung die volksfeindlichen Freiberieken wieder dadurch erleichtert, daß die SPD die Forderung einer Erhöhung der Ueberweisungsanteile an Einkommen- und Körperschaftsteuer von 75 auf 80 Prozent für die Länder und Gemeinden ablehnte, obwohl diese Mehrüberweisung für die Durchführung der neuen Beamtenbesoldung, insbesondere in den Gemeinden, unbedingt erforderlich ist. Die SPD wußte bei der Ablehnung dieser Anteilserhöhung für die Beamtenbesoldung, daß Bonern für den Fall dieser Ablehnung die Forderung erhöhen hätte, dann keinesfalls eine Senkung der Lohnsteuer eintreten zu lassen. Rapert sprach in diesem Falle auch als Vertreter der anderen Länder. Die preussische SPD-Regierung hat keinen anderen Standpunkt eingenommen. Im Steuerausfluß konnten die SPD-Abgeordneten einen Jurist der Bürgerblockleute: „Was sagt denn die Preussenregierung?“ nur mit der Verlegenheitsbemerkung: „Das geht uns hier nichts an!“ beantworten.

Nach diesem Geständnis wird man die preussische Regierung nunmehr schleunigst im Landtage veranlassen müssen, ihre Stellung zu der betrügerischen „Lohnsteuererleichterung“ des Bürgerblocks bekanntzugeben. Hier können die SPD-Vertreter zeigen, ob es ihnen mit ihrem Kampf um die Lohnsteuererleichterung wirklich ernst ist, oder ob sie mit ihrem Auszug aus dem Steuerausfluß nur Wahltheater gemacht haben.

Am Montag beginnt nach den Erklärungen der Reichsregierung die öffentliche Auseinandersetzung über die Lohnsteuer im Plenum des Reichstages. Steuerausflußberatungen und neue Beratungen im Plenum werden im Laufe der Woche folgen. Die Gewerkschaften und Betriebe haben also Gelegenheit, sofort durch eine Beschlußfassung oder Entsendung von Delegationen an die Regierung und an die Parteien den Druck von außen sowohl gegenüber dem Vertragsbrüchler der Bürgerblock als gegenüber dem Hundertmillionen-Kompromiß der SPD und in ihrer weiteren zweifelhaften Haltung geltend zu machen.

Bewirungsmanöver des Borwärts

Der Borwärts legt sein altes Spiel bezüglich der Bewirung der Arbeiterschaft über den Konflikt in der Schwerindustrie Rheinland-Westfalens fort. Nach wie vor will er der Arbeiterschaft glauben machen, daß die Bürgerblock-Regierung schon dafür sorgen werde, daß die Schwerindustriellen zur Käse gebracht würden. Nach den gescheiterten Parteiverhandlungen schreibt er gestern abend: „Die Schwerindustrie hat mit ihrer Stillelegungsdrohung ein Gesetz verschlagen und die Einigungs- und Schlichtungsverhandlungen mit dem berühmten Griff an die Gurgel des Staates zu ihrem Vorteil zu beeinflussen versucht.“

Und indem der Borwärts in demagogischer Weise die Forderung der SPD zum gemeinsamen Abwehrkampf aller Metall-, Kohlen- und Transportarbeiter sowie der Eisenbahner als „allen Gewerkschaftsgrundlagen und Erfahrungen widersprechend“ hinstellt, erklärt er: „Die SPD will mit ihrer abgedrohten Generalstreikparole nur die eigene Partei härten und das Unternehmertum ermuntern, den Staatsapparat, der jetzt gegen die Industriellen steht, gegen die Arbeiterschaft in Bewegung zu legen.“ (!)

Litwinow in Berlin

II. Berlin, 7. Dezember. Von Genf kommend, ist heute früh der stellvertretende Außenminister der Sowjetunion, Litwinow, in Begleitung seiner Gemahlin in Berlin eingetroffen. Sein Berliner Aufenthalt, der rein privater Natur ist, wird nur einige Tage dauern.

Vom Tage

Eine furchtbare Familientragödie

II. Zwickau, 7. Dez. Die 29jährige Ehefrau eines Bergarbeiters in Nieder-Hartau bei Zwickau hat sich mit ihren drei Kindern im Alter von 5, 4 und 1 1/2 Jahren durch Vergiften vergiftet. Die Ursache dieser furchtbaren Familientragödie soll in den mißlichen Verhältnissen des Ehepaares gelegen haben.

Ein jäheres Eisenbahnunglück in Spanien

II. Berlin, 7. Dez. Wie die Mittagspresse aus Oviedo in Spanien meldet, fand ein Zusammenstoß zwischen einem Güter- und einem Personenzug an der Grenze der Provinz Asturien statt. Bis jetzt wurden zwei Tote und zahlreiche Verletzte unter den Trümmern geborgen. Man befürchtet, daß noch weitere Tote unter dem Zuge begraben sind.

Eisenbahnunglück in England

II. London, 7. Dez. Vor der Station Peterborough-Nord, in Mittelengland, fuhr heute normittag während dichtem Nebels ein Personenzug auf einen Güterzug auf. Der Gepäckwagen des Personenzuges wurde schwer beschädigt, der anschließende Personenzug in zwei Teile geschnitten. Ein Reisender wurde schwer verletzt. Aus verschiedenen anderen Bezirken werden Störungen im Eisenbahnverkehr wegen starken Nebels gemeldet, daß sind größere Unglücksfälle nirgends zu verzeichnen.

400 Fischerboote im Eis festgehalten

II. Kowno, 7. Dez. Wie aus Rostau gemeldet wird, haben in Astrachan aufgestiegene Flugzeuge festgestellt, daß in dem Schwarzen Meer, das 17 Kilometer weit zugefroren ist, über 400 Fischerboote im Eis festgehalten sind. Hunger und Verzweiflung herrschen bei den Bootsbesatzungen.

Mexikanische Rebellen überfallen Eisenbahnstationen

II. Mexiko, 7. Dezember. Von der mexikanischen Grenze wird gemeldet, daß die Bahnstation La Vidua in Mexiko, die von 50 Mann Regierungstruppen besetzt gehalten wurde, von einer größeren Anzahl mexikanischer Rebellen überfallen wurde, die die Regierungstruppen nach heftigem Feuergefecht gefangen nahmen. Bei Juliaca haben sich etwa 1500 Rebellen angeschlossen, für deren Niederwerfung ein großes Aufgebot von Regierungstruppen bestimmt ist.

sehen für die ihnen wesentlichen Rechte der lebenslänglichen Anstellung und des Pensionsanspruches, die sie als den sozialen Inhalt des Berufsbeamtenentums erkennen und verteidigen. Die Partei macht aber eine scharfe Differenzierung zwischen den Beamten der unteren und mittleren Gruppen einerseits und den oberen Beamten andererseits. Sie bekämpft entschieden die immer mehr zutage tretende Tendenz, den Überbeamten durch besondere finanzielle Vergünstigungen auf Kosten der Unterbeamten eine solche bevorzugte Stellung zu geben, wie den Direktoren, Aufsichtsräten und Aktionären von privaten Unternehmungen. Die kommunistische Partei hält es für widersprechend mit den Beamteneigenschaften, daß leitende Beamte — wie es der § 14 der sächsischen Besoldungsordnung will — Gewinn- und Umsatzeinhalte von den Staatseinrichtungen gewährt erhalten, denen sie als Beamte vorstehen. Für leitende Oberbeamte fordert die Partei — wie bei den Richtern — Absehbarkeit und die Befreiung der leitenden Funktionen durch Wahl. Sie wird entschieden gegen eine generelle Aufhebung von Beamtenrechten ankämpfen, weil sich erfahrungsgemäß diese generellen Aufhebungen von Beamtenrechten gegen die unteren und mittleren Beamtengruppen und gegen die Arbeiterschaft auswirken, wie bei der Eisenbahn die Ueberführung von Beamten ins Arbeiterverhältnis, Entlassungen von Arbeitern bewirkte.

In bezug auf Besoldung fordert die Partei die Beseitigung der hohen Anzahl von Besoldungsgruppen, ihre Reduzierung auf höchstens fünf und eine Verminderung der Spannungen zwischen der niedrigsten und höchsten Besoldungsgruppe.

Im sächsischen Besoldungsgezet erhalten die höchst bezahlten Beamten 18 000 RM Grundgehalt und 2160 RM Wohnungsgeldzuschuß, die am niedrigst bezahlten Beamten 1500 bis 2200 RM Grundgehalt und 261 RM Wohnungsgeldzuschuß,

also ein Spannungsverhältnis von 1 zu 10.

Die kommunistische Partei tritt auch für eine Verminderung des Abstandes zwischen Anfangs- und Endgehalt der einzelnen Gruppen ein. (In den unteren Gruppen wird das Endgehalt erst in 18 bis 22 Dienstjahren erreicht, während in den oberen Gruppen das Endgehalt in wesentlich kürzerer Zeit erreicht wird.) Grundsätzlich wendet sich die Partei gegen die sogenannten sozialen Zulagen. Sie verlangt

Gehälter in ausreichender Höhe.

moderat dann die Frauen- und Kinderzuschläge überflüssig werden. In dem System der Ortsklassen und des Wohnungsgeldes und — als Neuerung im sächsischen Besoldungsgezet — der Stelzulagen, wendet sie sich mit aller Entschiedenheit, da sie die darin verankerte Absicht unbedingt ablehnt: die Absicht der Korruption der Beamten.

Für die Pensionäre und Wartestandsbeamten fordert sie, daß sich die Verbesserungen in Einzelbesoldungen automatisch auch auf die Pensionen und Wartegeldbläge erstrecken. Als Pensionsmindelmaß fordert sie die Höhe des Endgehalts einer mittleren Gruppe. Weiter wird sie versuchen, die Pensionsaltersgrenze wesentlich herabzusetzen. Bei der jetzigen Besoldungsneuregelung ist ganz besonders hervorzuheben,

daß sie errechnet ist auf einen Teuerungszustand, der längst überholt ist.

Die fortschreitende Teuerung hat die geringen Aufbesserungen in den einzelnen Gehaltsstufen der unteren und mittleren Beamten längst aufgewogen. Die mit der Ankündigung einer Gehaltsneuregelung einsetzende Preissteigerung hat zu einem Lebenshaltungszustand geführt, an den die Beamtenaufbesserung in keiner Weise heranzieht. Selbst die Reichsregierung hat zugegeben, daß die Sanierung Deutschlands im wesentlichen auch zu Lasten der Beamten durchgeführt wird. Die Teuerung, die alle Schichten trifft, preßt aus den unteren und mittleren Beamten und aus der Arbeiterschaft die letzten Lebenserhaltungskräfte aus.

Diese unzulängliche Besoldungsneuregelung soll nach Absichten der Regierung eine Geltungsdauer von mindestens einem Jahrzehnt haben. Damit entfällt die Reaktion ihre Absicht, die wirtschaftliche Niederhaltung der Beamtenerschaft gesetzlich zu verankern, eine Maßnahme, die gut zu den Aussparungsabsichten der Ruhrindustriellen im gegenwärtigen Augenblicke paßt.

Gegen diese Absichten können aber weder Resolutionen noch Parlamentsbeschlüsse ansetzen. Hier ist der einzige Ausweg die

Selbsthilfe. Die Tatsache, daß die Etatbelastungen immer und immer wieder auf das Konto Beamtenbesoldung gesetzt werden, lassen eraten, daß weitere Abbaumaßnahmen beabsichtigt sind, die politisch gesehen, nichts anderes bedeuten, als Korruptionsoversuche an der Beamtenerschaft und Hand in Hand damit langsame völlige Entrechtung der Beamtenerschaft. Wenn sich die Beamtenerschaft dagegen wehren will, wird sie nicht Hilfe erwarten können von den reaktionären Bürgerblockparteien, auch nicht von der SPD, die feinerzeit dem Ermächtigungsgesetz und dem Beamtenabbau zugestimmt hat; sie wird nur Hilfe bei denen finden, die in ähnlicher und noch schlimmerer wirtschaftlicher und sozialer Lage sich befinden und die aus der Erkenntnis ihrer Lage Mittel und Wege suchen zur Beseitigung der Voraussetzungen für dieses Elendsdasein. Die Beamtenerschaft gehört zum Proletariat und wird nur siegen mit dem klassenbewußten Proletariat und deren revolutionärer Partei.

Schulkompromiß zwischen Bürgerblock und Weimarer Koalition

Deutsche Volkspartei vermittelt zwischen Reichsregierung und Preußenregierung

Die Bildungsausschussung des Reichstages vom Mittwoch beschäftigte sich mit den Abschnitten des Schulgesetzes, die das Verhältnis zwischen der Gemeinschaftsschule und den Antragschulen regelt. Diese Abschnitte bilden insbesondere den Stein des Anstoßes für die Verfassungsfanatiker. Die Preußenregierung fordert eine klare Bevorzugung der Gemeinschaftsschule, nicht etwa, um diese Schule in Wirklichkeit zur allgemeinen Schule in Deutschland zu machen, sondern lediglich, um der Verfassung Genüge zu tun. Auf dem Papier nimmt sich die Preußenforderung sehr hübsch aus, zumal, wenn man weiß, daß die Koalition nicht nur in der Praxis bewiesen, sondern auch im Ausschuß betont hat, daß die Bekenntnisschule 95 Prozent aller Schulen umfaßt und es dabei bleiben soll.

Die SPD als preussische Koalitionspartei bedarf voll die Haltung ihrer Regierung. Im Reichstag kann die SPD „radikaler“ sein, gegen den Bürgerblock und seine Schulpolitik wettern und die Forderung erheben, daß erst in jeder Gemeinde eine Gemeinschaftsschule bestehen muß, bevor an die Schaffung von Antragschulen gedacht werden kann. Weiter geht die SPD-Reichstagsfraktion natürlich auch nicht; konsequent für die Weltlichkeit des Schulwesens einzutreten, ist dieser Partei mit dem Bleigewicht des Weimarer Schulkompromisses, der Preußenkoalition und ihrer Koalitionssehnsucht im Reiche unmöglich.

Auf dieser Erkenntnis fußend, tritt nun im Ausschuß die Deutsche Volkspartei auf den Plan. Sie, die die Gemeinschaftsschule zur Doppelbekenntnisschule machen will, gibt in ihren Ausschussanträgen der Gemeinschaftsschule ein gewisses, wenn auch praktisch recht bedeutungsloses Vortrecht vor den Antragschulen. In dem § 18, der die Ueberleitungsbestimmungen enthält, fordert die Volkspartei zwar, daß die bisherigen Konfessionsschulen Bekenntnisschulen werden; auf Antrag der Mehrheit ist aber eine Konfessionsschule Gemeinschaftsschule werden, während sonst für die Umwandlung einer Schulförm in eine andere eine Zweidrittelmehrheit vorgesehen ist. Derselbe Forderung hat auch Preußen im Reichstag vertreten, nur mit dem Unterschied, daß die Bekenntnisschule erst Gemeinschaftsschule wird, und dann die Mehrheit aus ihr eine Bekenntnisschule machen kann. Praktisch kommen volksparteiliche und preussische Anträge auf eins heraus. Außerdem hat die Volkspartei in derselben Linie liegende Ueberleitungsforderungen gestellt.

Herr v. Reudell spricht dazu, unklar und verschieden auslegbar; aber eins geht daraus hervor: der Reichsinnenminister rendert sich und stimmt den wesentlichen der volksparteilichen Anträge zu. Damit besteht Klarheit über das weitere Schicksal

des schwarzen Schulgesetzes. Das Reich und Preußen werden sich finden auf dem Boden der Volkspartei, die sich „liberal“ gebärden kann, ob ihrer „Erfolge“.

Genosse Rosenbaum enthüllt diese Methode der Zusammenarbeit der „Feinde“ von Bürgerblock und Weimarer Koalition, fragt die Preußenregierung, ob sie im Reichstag auf der neuen Plattform dem Verfassungsgesetz zustimmen würde, und stellt die SPD vor die Entscheidung, ob sie durch ihre preussischen Abgeordneten den Schwinkel mitmachen und nach wie vor im Reichstag „Opposition“ mimen wolle. Schließlich erklärt er, daß die Arbeitermassen an diesem praktischen Beispiel treffend das Verbrechen der sozialdemokratischen Koalitionspolitik erkennen könnten und den Kampf gegen jede Koalitionspolitik aufnehmen müssten.

Nachdem Reudell seine Erklärung abgegeben hatte, verschwand er wieder; die preussische Regierung erklärt, sie könne über ihre endgültige (!) Stellung im Reichstag (!) zu den volksparteilichen Anträgen noch nichts sagen; die SPD schweigt gegenüber der Festlegung ihres Doppelspiels.

Die Sitzung wird heute fortgesetzt.

Kampftimmung in Oberschlesien

Breslau, 8. Dezember (Eigener Drahtbericht)

Unter der Arbeiterschaft der Oberschlesischen Hüttenwerke besteht eine starke Kampftimmung. Man fordert gleich den Arbeitern in Rheinland-Westfalen die Einführung des Achtstundentages ab 1. Januar 1928. Vor zwei Wochen hat sich ein Betriebsrätekonferenz der Oberschlesischen Hüttenwerke bereits für die sofortige Einführung des Achtstundentages ausgesprochen. Am Montag fand zwischen der betreffenden Gewerkschaft und dem Demobilisationskommissar eine Sitzung statt. Dieser sprach sich für die Möglichkeit einer stufenweisen Einführung des Achtstundentages aus und begab sich nach Warschau, um diesbezügliche Verhandlungen zu führen.

Schiedsbruch im badischen Tarifkampf

Die Reformisten kapitulieren

Karlsruhe, 8. Dezember (Eigene Drahtmeldung). Am Dienstag fanden vor dem badischen Landesrichter Verhandlungen in der badischen Textilindustrie statt. Es wurde ein Schiedspruch gefällt, der die Epitendöhne der über 25 Jahre alten Arbeiter um nur 5 Pf., nämlich von 53 auf 60 Pf. erhöht. Das Abkommen soll erst am 1. Dezember 1928 kündbar sein. — Der Schiedspruch entspricht in keiner Weise den Forderungen der Arbeiterschaft, wurde aber ohne weiteres von den reformistischen Gewerkschaftsführern unterschrieben.

Die geplante Riste

In der sozialdemokratischen Halbmonatsschrift 'Der Klassenkampf' vom 1. Dezember wird der wahre Sachverhalt über jene geplante Riste veröffentlicht, deren Verwirklichung am 1. November 1918 in der Reichsregierung aus Deutschland ausgewiesen wurde. In die bewusste Riste wurden durch Scheidemann Flugblätter hineingeschmuggelt, die in Deutschland verstreut worden waren, und zwar von Paul Levi, Paul Levi ist selbst Mitarbeiter des Klassenkampf.

Am 5. November 1918 wurde der damalige russische Botschafter in Berlin, der kürzlich verstorbene Joffe, aus Deutschland ausgewiesen, weil er angeblich die revolutionäre Bewegung in Deutschland unterstützt haben sollte. Am Tage vorher war auf dem Bahnhof Friedrichstraße in Berlin eine aus Russland eingetroffene Kurierkiste geplündert, und die Polizei hatte, wie sie behauptete, deutsche revolutionäre Flugblätter in dem diplomatischen Gepäck gefunden. Die deutsche Regierung sagte hierüber in ihrer Note vom 7. November 1918:

„Durch folgenden Zwischenfall, der sich am 4. dieses Monats ereignete, hat sich herausgestellt, daß die russische Vertretung durch Einführung von Flugblättern mit Aufforderungen zur Revolution unter Verletzung der diplomatischen Kurierprivilegien an den Umsturzbestrebungen sogar tätigen Anteil nimmt. Infolge der Beschädigung einer der zum amtlichen Gepäck des geistigen russischen Kuriers gehörigen Kisten auf dem Transport ist festgestellt worden, daß diese Sendungen in deutscher Sprache abgefaßt und nach ihrem Inhalt zur Verbreitung in Deutschland bestimmte Flugblätter enthielten.“

Daraufhin ersuchte die kaiserliche Regierung die Sowjetregierung, ihre diplomatischen und sonstigen amtlichen Vertreter aus Deutschland zurückzuziehen.

Seht enthielt Genosse Hermann Müller-Kranken in der Gesellschaft (Seite 208), daß die Idee, die Riste plagen zu lassen, von niemand anderem herkam als von — Scheidemann! Diese Enthüllung ist aber noch nicht vollständig. Die ganze Wahrheit ist die: Die geplante Riste enthielt zwar in der Tat — wenigstens später — in deutscher Sprache abgefaßte und nach ihrem Inhalt zur Verbreitung in Deutschland bestimmte Flugblätter, sie waren aber nicht in Russland geschrieben, auch nicht in Russland gedruckt, vielmehr erst in Deutschland von der kaiserlichen Polizei in die Kurierkiste bugsiert, sie waren in Deutschland geschrieben, und zwar — vom Genossen Paul Levi!

Zweifellos: Eine sehr interessante Sache diese etwas späte Aufklärung über die geplante Riste.

Die Zigarrenarbeiter streifen weiter

Große Streikmehrheit in Leipzig

Unter diesem Titel berichtet die Leipziger Volkszeitung vom 5. Dezember über den Verlauf der am 3. Dezember stattgefundenen Streikversammlung der Zigarrenarbeiter des Leipziger Tabakarbeiterverbandes, die zu der zwischen den Parteien der Zigarrenindustrie im Reichsarbeitsministerium abgeschlossenen Vereinbarung Stellung genommen hat.

Wie die Leipziger Volkszeitung darlegt, gestaltete sich die Debatte über das Referat des reformistischen Gauleiters für Annahme der Vereinbarung sehr leidenschaftlich. Wörtlich heißt es hierzu:

„Allgemein fanden die in Berlin beschlossenen Vereinbarungen Ablehnung. Gleich der erste Redner führte aus, daß man dieses Kompromiß als schandbar bezeichnen müsse, es sei eine Niederlage der Tabakarbeiterkraft und ein Schlag gegen die Lebensinteressen der gesamten Arbeiterkraft. Das sei die Folge des Schlichtungsschwindels und der Arbeitsgemeinschaftspolitik. Ein anderer Kollege führte aus, daß zwar zum Streifen nicht nur Begeisterung, sondern auch Essen und Trinken gehöre, daß aber die Löhne der Branche, die teilweise unter den Fürsorgeunterstützungen liegen, auch nur ein Begehren erlauben. Es sei schon besser und richtiger, den Kampf weiterzuführen!“

Der Leiter der Leipziger Zigarrenarbeiter-Zahlstelle beschäftigte sich eingehend mit den Vereinbarungen. Das Bestreben der Tabakarbeiter sei auf eine amnestiarische Regelung gerichtet gewesen. Die Verhandlungsvertreter haben aber eine neue Verlängerung des Tarifvertrages unterschrieben. Es ist nicht richtig, wie es einzelne Redner angeführt haben, daß der Verband als Gesamtarbeiterorganisation an diesen Vereinbarungen die ganze Schuld trägt, da haben die kritischen Kollegen über das Ziel geschossen. Unsere aufrichtenden Kollegen über das Ziel geschossen. Unsere aufrichtenden Kollegen über das Ziel geschossen. Unsere aufrichtenden Kollegen über das Ziel geschossen.

Die nachfolgende Abstimmung ergab bei 375 Anwesenden eine Mehrheit von 342 für Ausschalten im Kampfe. Es wurde beschlossen, am 5. Dezember durch die Streikleitung und die Betriebsvertretungen an die Unternehmer Forderungen betreffs Lohnzuständen, der Frage der Streikbrecher und auf Befestigung der betrieblichen Mißstände zu stellen.

Vertreter der Zahlstellen Mittweida und Leisnig verhielten ihre Solidarität mit der Leipziger Zigarrenarbeiterkraft und erklärten, daß die dortigen Zigarrenarbeiter sich diesem Streikbeschlusse mit Begeisterung anschließen.

Dieses Beispiel der Zigarrenarbeiterkraft von Leipzig, Mittweida und Leisnig weist der gesamten Arbeiterkraft den Weg, wie man trotz aller Vereinbarungen die unbehinderte Fortsetzung des Kampfes führt, um die erhobenen Forderungen im Kampfe einmütig und geschlossen durchzusetzen.

Gleichzeitig widerlegt diese Stellungnahme der Leipziger Zigarrenarbeiterkraft in der Leipziger Volkszeitung die am besten die Anwürfe des Vorwärts gegen die Forderungen, die sich in ihrer Stellungnahme zu den Lehren des Kampfes der Zigarrenarbeiterkraft in absoluter Übereinstimmung mit dem befindet, was die Leipziger Volkszeitung

Herauf mit den Besitzsteuern!

Das Einkommensteuergesetz regelt die Steuerpflicht der natürlichen Personen, das Körperschaftsteuergesetz dagegen die Steuerpflicht der juristischen Personen des bürgerlichen und öffentlichen Rechts. Die Körperschaftsteuer ist demnach die Einkommensteuer der Aktiengesellschaften, Gesellschaften mit beschränkter Haftung, Bergbauvereine, Genossenschaften, Anstalten, Stiftungen usw.

Das Körperschaftsteuergesetz unterscheidet zwischen Erwerbsgesellschaften, den übrigen Körperschaften und Vermögensmassen des bürgerlichen Rechts und den öffentlichen Betrieben und Verwaltungen. Unter die Erwerbsgesellschaften fallen die Aktiengesellschaften, Kommanditgesellschaften auf Aktien, bergbau-treibende Genossenschaften und Gesellschaften mit beschränkter Haftung. Zu ihnen werden dagegen nicht gerechnet Versicherungsvereine auf Gegenseitigkeit, Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften und deren Zentralen, deren Geschäftsbetrieb sich im wesentlichen auf ihre Mitglieder beschränkt. Diese letzteren werden vielmehr steuerrechtlich gleichgestellt den übrigen Körperschaften und Vermögensmassen des bürgerlichen Rechts (Personenvereinigungen, Anstalten, Stiftungen und andere Zweckvermögen), die nicht als Erwerbsgesellschaften anzusehen sind. Die Betriebe und Verwaltungen von Körperschaften des öffentlichen Rechts sind auf Betreiben des Bürgerblocks im Jahre 1925 der allgemeinen Körperschaftsteuerpflicht unterworfen worden. Nach hartem Kampfe der Kommunisten und Sozialdemokraten ist es jedoch noch gelungen, die sogenannten Versorgungsbetriebe (Gas, Wasser, Elektrizität) zum Teil von der Besteuerung freizustellen. Dagegen hat der Bürgerblock die Freistellung der Kirchen und ihrer Vermögen durchgeleitet.

Die Körperschaftsteuer erbrachte 1924 331,8 Millionen, 1925 nur 180,5 Millionen, 1926 — 359,3 Millionen gegenüber einem Voranschlag von 400 Millionen. Sie ist von der Bürgerblock-regierung auch für 1927 nur mit 400 Millionen Mark in den Reichshaushalt eingelegt worden. In der ersten Hälfte des Rechnungsjahres 1927 erbrachte sie jedoch 239,5 Millionen Mark, bis zum 31. Oktober 327,6 Millionen. Sie könnte sehr gut ein Mehrfaches dieses Betrages erbringen, selbst wenn man in Rechnung stellt, daß die zur Verwirklichung gelangenden Gewinne der Erwerbsgesellschaften zum Teil der Kapitalertragsteuer unterliegen und darüber hinaus bei ihren Empfängern, soweit sie natürliche Personen sind, von der Einkommensteuer erfasst werden. Zu diesem Zweck hat die kommunistische Reichstagsfraktion zum Körperschaftsteuergesetz folgende Änderungsanträge gestellt, die den in den vorigen Ausführungen als unbedingt notwendig nachgewiesenen sozialen Ausgleich zwischen Klassensteuern und Besitzsteuern mit herbeiführen helfen sollen:

Entwurf eines Gesetzes

zur Änderung des Körperschaftsteuergesetzes vom 10. Aug. 1925

Der Reichstag hat das folgende Gesetz beschlossen, das mit Zustimmung des Reichsrates hiermit verkündet wird:

Artikel I

1. Im § 2 ist die Ziffer 3, betreffend Besteuerung der Betriebe und Verwaltungen von Körperschaften des öffentlichen Rechts und von öffentlichen Betrieben und Verwaltungen mit eigener Rechtspersönlichkeit, zu streichen.

2. Im § 9 ist als Ziffer 3a einzuschalten:

3a Von der Körperschaftsteuer sind befreit: Betriebe und Verwaltungen von Körperschaften des öffentlichen Rechts und öffentliche Betriebe und Verwaltungen mit eigener Rechtspersönlichkeit, mit Ausnahme dieser, die kirchlichen Zwecken dienen.

3. Im § 9 ist als Ziffer 3a einzuschalten:

3a Die Erwerbs- u. Wirtschaftsgenossenschaften (Konsumvereine, Handwerker-Genossenschaften und bäuerliche Genossenschaften), deren Geschäftsbetrieb sich im wesentlichen auf den Kreis der Mitglieder beschränkt, ferner die Zentralen der obengenannten Genossenschaften.

Artikel II

Der § 21 erhält folgende Fassung:

§ 21. Die Körperschaftsteuer beträgt: Bei den Erwerbsgesellschaften 25 vom Hundert des steuerbaren Einkommens.

lung auf Grund des Kampfbeschlusses der Zigarrenarbeiterkraft von Leipzig, Mittweida und Leisnig berichtet.

Braunschweig. Die am 2. Dezember stattgefundene Mitgliederversammlung der Zahlstelle Magdeburg des Tabakarbeiterverbandes hat in einer Entschiedenheit mit Protest die Vereinbarung im Tarifstreit der deutschen Zigarrenhersteller angenommen. Unveränderlich bleibt es, daß die untergeordneten Arbeiterverbände ein solches Abkommen annehmen konnten. Nur in Erkenntnis des moralischen Erfolges hat die Versammlung sich zur Annahme des Abkommens entschlossen.

50 000 Textilarbeiter in Lohnbewegung

In Westhüringen, in Baden und in Hamburg befinden sich die Textilarbeiter in Lohnbewegungen. Insgesamt kommen ca. 50 000 Arbeiter und Arbeiterinnen in Frage.

Näherdem ist der Manteltarifvertrag für das Tarifgebiet der schiffsbauartigen Webereien, worunter ca. 20 000 Textilarbeiter fallen, zum 31. Dezember gefündigt.

In Westhüringen befinden sich bereits die Textilarbeiter mehrerer Betriebe in Langensalza und Mühlhausen (insgesamt ca. 1500) im Kampfe. Die Unternehmer haben zum 5. Dezember den übrigen Belegschaften des Tarifgebietes die Kündigung ausgesprochen, so daß, da alle Verhandlungen gescheitert sind, ab 5. Dezember 6000 Textilarbeiter Westhüringens im Kampfe stehen, und zwar um 33 Prozent Lohnerhöhung. Die Kampflösung der Textilarbeiter ist ausgezeichnet.

Im Tarifgebiet Niederelbe (Hamburg) war das Lohn- und Arbeitszeitabkommen sowie der Manteltarif am 1. Oktober abgelaufen. Seitdem haben eine Reihe Verhandlungen stattgefunden, die alle gescheitert sind. Der gefällte Schiedspruch ist einmütig von der Arbeiterkraft abgelehnt worden. Nunmehr haben die Textilarbeiter in den Betrieben das Arbeitsverhältnis gefündigt. Ungefähr 10 000 Textilarbeiter kommen in Frage. Die Forderungen lauten auf: Erhöhung des Stundenlohnes für weibliche 70 bis 80 Pf., für männliche Beschäftigte 90 Pf. bis 1 Mark, für Handwerker 1,20 Mark, Schichtbonus, freien Sonnabendnachmittag, Befestigung des Prämienstems.

Im Niederelbe-Bezirk liegen drei Betriebe und in Langensalza ein Betrieb still, die zum Norddeutschen Volkonzern gehören. Ein der Streik still, die zum Norddeutschen Volkonzern gehören. Ein der Streik still, die zum Norddeutschen Volkonzern gehören. Ein der Streik still, die zum Norddeutschen Volkonzern gehören.

Bei den übrigen Steuerpflichtigen 10 vom Hundert des steuerbaren Einkommens.

Bei den Erwerbsgesellschaften erhöht sich die vorgenannte Steuer um 15 vom Hundert der Beträge, die als Gewinnanteil irgendwelcher Art zur Verteilung gelangen.

Bei den Gesellschaften mit beschränkter Haftung, sofern der Sitz oder Ort der Leitung im Inlande liegt und weder das Stammkapital noch das bei der letzten Veranlagung zur Vermögenssteuer festgestellte Vermögen den Betrag von 50 000 RM übersteigt, beträgt die Körperschaftsteuer für Einkommen:

bis 5 000 Reichsmark	10 vom Hundert
bis 10 000 Reichsmark	12 vom Hundert
bis 15 000 Reichsmark	14 vom Hundert
bis 20 000 Reichsmark	16 vom Hundert
bis 25 000 Reichsmark	18 vom Hundert
über 30 000 Reichsmark	25 vom Hundert

Artikel III

Dieses Gesetz tritt mit dem ersten Tage des auf die Verkündung folgenden Kalendervierteljahres in Kraft.

Der kommunistische Antrag will zunächst durch seine Ziffern 1 und 2 den früheren Zustand wieder herstellen, wonach alle öffentlichen Betriebe und Verwaltungen ohne Ausnahme grundsätzlich von der Steuerpflicht freigestellt sind. Die Bourgeoisie bestrebt diese Betriebe aus zwei schamhaft-egoistischen Gründen. Einmal, um sich selbst steuerlich zu entlasten, zum anderen, um diese Betriebe als nicht leistungsfähig hinstellen und sie desto leichter unter die Herrschaft des Finanzkapitals zwingen zu können. Dabei strahlt sie ihr eigenes fortwährendes Geschrei nach Reform und Rationalisierung der Verwaltung Yügen. Denn durch die Besteuerung der öffentlichen Betriebe wird der Verwaltung ein Unmaß von völlig unproduktiver Arbeit aufgezwungen, während in Wirklichkeit das Geld nur von einer Restentlohnung in die andere geteilt wird. Dagegen fordert der kommunistische Antrag aus grundsätzlichen Gründen die Unterstellung der Betriebe, Verwaltungen und Zweckvermögen, die in r i c h t i g e n z w e c k e n dienen, unter die allgemeine Körperschaftsteuerpflicht.

Ebenso verlangt er, daß die Bestimmungen, wonach Kolonnenvereine, Handwerker-Genossenschaften und bäuerliche Genossenschaften und deren Zentralen nicht als Erwerbsgesellschaften anzusehen sind, dahin erweitert werde, daß sie überhaupt nicht länger der Körperschaftsteuerpflicht unterliegen. Denn ihr Zweck ist nicht auf Erwerb, sondern lediglich auf billige Versorgung ihrer Mitglieder gerichtet.

Das Körperschaftsteuergesetz stellt für die Erwerbsgesellschaften mit Ausnahme der kleineren GmbH einen einheitlichen Steuerfuß von 20 vom Hundert des steuerbaren Einkommens vor. Für die übrigen Körperschaften beträgt die Steuer 10 vom Hundert. Für die GmbH bis 50 000 Mark Stammkapital besteht ein gestaffelter Tarif, der sich zwischen 10 bis 20 vom Hundert bewegt, mit der Maßgabe, daß die Steuer 20 vom Hundert des Einkommens nicht übersteigen darf.

Der kommunistische Antrag legt die Steuer für Erwerbsgesellschaften auf 25 vom Hundert fest. Für die übrigen Nichterwerbsgesellschaften und Zweckvermögen behält er es bei dem Satz von 10 vom Hundert. Doch greift er für die Erwerbsgesellschaften die frühere, von Erwerber eingeführte Bestimmung wieder auf, wonach neben dem allgemeinen Steuerfuß von 25 vom Hundert noch 15 vom Hundert auf die in irgendeiner Form zur Ausschüttung gelangenden Gewinne zu zahlen sind.

Dem sozialen Gedanken, den kleinen GmbH, die sich immer mehr zur Existenzgrundlage für kapitalschwache Handwerker, Händler und Kaufleute entwickelt, steuerliche Entlastung zu bringen, trägt der kommunistische Antrag durchaus Rechnung. Er stellt bei einem Stammkapital bis 20 000 Mark einen umgestaffelten Steuertarif vor, der bei einem Einkommen bis 5000 bei 10 vom Hundert beginnt und allmählich ansteigend, bei 30 000 Mark Einkommen 20 vom Hundert erreicht. Für höhere Einkommen als 30 000 Mark gilt der allgemeine Steuerfuß von 25 vom Hundert zusätzlich der Zuschläge für ausgeschüttete Gewinne.

So dient auch dieser kommunistische Antrag dem geliebten Ziel: Herunter mit den Klassensteuern! Herauf mit den Besitzsteuern!

Auch in Baden haben die Textilarbeiter die Kündigung eingereicht, nachdem alle Verhandlungen gescheitert sind. 35 000 Textilarbeiter werden von dieser Bewegung betroffen. Der Kampf geht um 15 Prozent Lohnerhöhung. Die Unternehmer waren nur bereit, den Stundenlohn um lumpige 3/4 Pfennig zu erhöhen. Daß die badischen Textilarbeiter bereit sind zu kämpfen, beweist, daß es bereits in Zell zu Arbeitsüberlegungen gekommen ist. Da aber die Verbandsbureaucratie darauf bestand, daß „ordnungsgemäß“ die Kündigung eingereicht werden müsse, andernfalls der DTB keine Unterstützung zahlen werde, haben die Belegschaften in Zell die Arbeit zunächst wieder aufgenommen und sofort die Kündigung eingereicht. Diese Taktik der DTB-Führer bedeutet nichts anderes, als den Kampf hinauszuschieben und den Weg für das Eingreifen der Schlichtungsmaschine freizumachen. Dagegen muß mit aller Schärfe protestiert werden. In Baden und auch in Hamburg sind die Feilschen der Tariflindung längst verstrichen, so daß der sofortigen Aufnahme des Kampfes nichts im Wege steht, da in diesen Gebieten zurzeit ein tarifloser Zustand besteht. Die Nichtannahme des Kampfes durch die reformistischen Verbandsführer beweist nur ihre Eitelkeit vor großen Kämpfen. Die Arbeiterkraft aber muß gerade fordern, daß große Massen am Kampfe beteiligt sind, je wichtiger und gewaltiger die Auswirkung des Kampfes gegen die Unternehmer ist, desto größer wird die Aussicht zur Durchsetzung der erhobenen Arbeiterforderungen.

Der Landesführer von Baden hat inzwischen zum 6. Dezember die Parteien zu Verhandlungen geladen. Die Arbeiter müssen hier wie überall von vornherein erklären, daß sie jeden Schiedspruch ablehnen, der weniger als die aufgestellten Forderungen bringt.

Außer diesen drei großen Bewegungen sind noch mehrere kleinere Bewegungen erwähnenswert. Die wichtigste davon ist der Streik bei der Firma Gebauer. Vier Wochen steht die 700 Mann starke Belegschaft im Kampfe um 15 Pf. Lohnerhöhung, 57 Pf. betrug der Stundenlohn. Das Lohnabkommen läuft erst am 31. 3. 28 ab. Daß unter solchen Umständen kein Mensch in Berlin leben kann, ist jedem klar, nur nicht dem brutalen Unternehmertum. Der DTB hat sich bisher um diesen Kampf überhaupt nicht gekümmert. Streifenunterstützung wird vom DTB nicht gezahlt, trotzdem haben die Arbeiter einmütig und geschlossen erneut beschlossen im Kampfe auszuharren bis ihre Forderung bewilligt ist.

Die Bewegungen in der Textilindustrie zeigen, daß die Textilindustrie zeigen, daß die Textilarbeiterkraft nicht länger gewollt ist, unter solchen Schandblößen zu arbeiten, wie sie bisher gekämpft wurden. Immer größere Massen von Textilarbeitern nehmen den Kampf gegen ihre Ausbeuter auf. Es kommt daher auch darauf an, zu erkennen, daß der Kampf gleichzeitig geführt werden muß gegen die Schlichterdistatur, gegen das Hindenburgregime, zur Befestigung des Bürgerblocks und zur Befestigung jeglicher Ausbeutung überhaupt.

Eine Bestätigung

In der gestrigen Nummer des Dresdner Anzeigers bringt der Vorstand der Dresdner Studentenschaft eine Erklärung zur Bestätigung, die eine glatte Bestätigung unserer Meldung über organisierten Streikbruch durch die Vermittlung der Studentenschaft darstellt. Sie lautet:

„Die Aufgabe des Arbeitsamtes der Studentenschaft ist es, bedürftigen Kommilitonen während des Semesters und während der Ferien Verdienstmöglichkeiten zu verschaffen. Allein aus diesem Gesichtspunkt heraus hat es das Arbeitsamt für seine Pflicht gehalten, auch jene von der Reichsbahn gegebene Arbeitsgelegenheit an die Studierenden weiterzugeben. Der Vorstand der Studentenschaft bedauert durchaus, daß die Absicht des Arbeitsamtes in der Offenheit anders beurteilt worden ist. Er verkennt allerdings nicht, daß unter den gegebenen Umständen eine solche Auffassung entstehen konnte, da die Aufgaben des Arbeitsamtes nicht allgemein bekannt zu sein scheinen, und er wird in Zukunft auch diese Auffassung berücksichtigen.“

Diese „Erklärung“ zeigt nur um so deutlicher, welche Rolle der Vorstand der Studentenschaft spielt. Man überlege sich: Das Arbeitsamt der Studentenschaft teilt nicht nur das Angebot der Reichsbahn mit, obwohl jeder halbwegs informierte Zeitungsleser in Dresden und im Reich weiß, daß an den bestimmten „offenen Stellen“ gestreift wird. Der Landtag beschäftigt sich mit dieser Angelegenheit. Sogar die Volkspartei markiert Gerechtigkeitsgefühl und bringt einen „Sympathie“-Antrag ein, den die gesamte Presse abdruckt, einschließlich der schwarz-weiß-rot, das heißt von der der Vorstand der Studentenschaft hauptsächlich seine geistige Nahrung bezieht, — jedes Kind weiß etwas vom Eisenbahnstreik auf den Dresdner Güterbahnhöfen — nur unsere „zukünftigen geistigen Führer“, die Herren von der Studentenschaft haben keine Ahnung davon. Wenn man schon eine solche Argumentation gelten lassen wollte, muß man sich doch fragen: Weshalb gibt das Arbeitsamt den „bedürftigen“ Streikbrechern die Anweisung, sich nur bei der Bahn polizeilig zu melden, und warum bewährt es seine Kommissionen, ja keine Tenebris anzuwenden? Jeder denkende Mensch wird die Antwort geben können: Weil das Arbeitsamt gewußt hat, daß es sich hier um nichts anderes als um

gewöhnlichen Streikbruch

handelt. Das weiß schließlich auch das „Arbeitsamt“ der Streikbrecher und gibt deshalb unter dem Druck der öffentlichen Meinung bekannt, daß es diese von uns bestonte „Auffassung in Zukunft berücksichtigen“ wolle.

Wenn jedoch die Studentenschaft glaubt, daß man die hier platonischen Erklärung in der Arbeiterklasse Glauben schenkt und Ablehnung jedes Streikbruches durch studentische Comoditieri des Klassenkampfes erwartet, so irrt sie sich. Die Arbeiterklasse ist überzeugt davon, daß es das nächste Mal die schwarz-weiß-rote Studentenschaft etwas raffinierter andrennen wird, um ihren großkapitalistischen Hintermännern zu dienen. Nicht nur die Arbeiterklasse, sondern auch die arbeitenden Studenten, die erkannt haben, daß ihr Schicksal mit dem der Arbeiterklasse verbunden sein muß, wenn sie nicht zu Handlangern der Industriekapitäne, Großagrarien und Bankhären herabstinken wollen, müssen es als ihre Aufgabe betrachten, gemeinsam mit den proletarischen Klassenorganisationen rechtzeitig jedem Streikbruch das Genick zu brechen und die Manöver der Streikbrecher mit allen Mitteln zu durchkreuzen.

Wieviel beziehen die Dresdner Bürgermeister aus der Güngelstiftung?

In der heute abend stattfindenden Stadtverordneten-Sitzung wird als erster Punkt der Tagesordnung ein Antrag unserer Fraktion, der sich mit den Bezügen der Bürgermeister aus der Güngelstiftung befaßt, behandelt. Dann stehen noch auf der Tagesordnung ein Antrag des Genossen Schneider, der eine Weihnachtsbeihilfe für die Erwerbslosen, Sozial- und Kleinrentner fordert sowie ein Antrag des Genossen Neuhof, der eine Beihilfe für alle vom Ortsamt für Kriegerversorgung Betreuten verlangt. Ein weiterer Antrag des Genossen Dr. Helm nimmt Stellung gegen die Loderung des Mieterschuldes. Die Sitzung beginnt 19 Uhr.

Raubüberfall in der Commerz- und Privatbank

Das Kriminalamt Dresden teilt mit: Gestern vormittag gegen 10 Uhr ist in der Commerz- und Privatbank am Pirnaischen Platz ein Raubüberfall auf ein 16 Jahre altes Lehrlingsmädchen verübt worden. Durch das energische und besonnene Auftreten des Mädchens ist es beim Versuch geblieben. Das Mädchen hatte kurz zuvor beim hiesigen Postfachamt einen größeren Geldbetrag abgehoben und wollte das Geld bei der Bank einzahlen. Bei ihrem Eintritt in die Bank wurde ihr plötzlich an der Hüfte ein Messer in den Rücken gestochen, so daß sie sich das Geld besah, entriß. Das Mädchen drehte sich sofort um, hielt den Täter fest und entriß ihm die gestohlene Tasse. Auf ihre Hilferufe ließ sich der Unbekannte los und ergriß die Flucht. Der unbekannte Täter konnte noch nicht ermittelt werden.

Verkehrsunfälle. Am Mittwoch nachmittag wurde eine 50-jährige Frau, die mit ihrer Tochter die Wilsdruffer Straße überqueren wollte, von einem Straßenbahnwagen angefahren und unter den Wagen gedrückt. Die Frau erlitt sehr schwere Verletzungen und mußte dem Krankenhaus zugeführt werden. — Auf der Freiburger Straße sprang ein Schaffner von der sich noch in Fahrt befindlichen Straßenbahn; ein hinter ihm fahrender Motorradfahrer verfuhr, um ihn nicht zu überfahren, auszuweichen. Dabei streifte er das Trittbrett des Straßenbahnwagens und kam zu Fall. In schwerverletztem Zustand wurde er dem Krankenhaus zugeführt. Auf der Dittmarscher Allee stieß ein Kaufmann mit seinem Kraftdreirad an einen Anhängerwagen der Linie 10 und wurde dabei schwer verletzt. Sein Zustand ist bedenklich.

Unterstützungen auch für Versorgungsamter

Dem Reichsverband Deutscher Kriegsbeschädigter und Kriegshinterbliebener, E. V., wird aus folgendes mitgeteilt: Die zum Probendienst einberufenen Versorgungsamter waren bisher von der Anwendung des Erlasses, wonach Beamte in Notfällen Unterstützungen erhalten können, ausgeschlossen. Da die zum Probendienst einberufenen Versorgungsamter jedoch nur 85 Prozent des Anfangsgehaltes ihrer Gruppe erhalten, sind sie besonders unterstützungsbedürftig. — Es sind dem Reichsfinanzminister Anregungen unterbreitet worden, diesen Beamten ebenfalls Unterstützungen zu gewähren. Der Reichsfinanzminister hat unter dem 10. November dieses Jahres darauf geantwortet, daß er dem geäußerten Wunsch entsprechen wolle und bereits Anweisungen an die Präsidenten der Landesfinanzämter gegeben habe.

„Revolutionen“. Das von den proletarischen Freiheitskämpfern vor einiger Zeit mit Erfolg gespeitete revolutionäre „Städte-Revolutionen“ wird Freitag den 9. Dezember zum letzten Male aufgeführt. Die große Zahl derer, die beim ersten

Abend wegen Überfüllung keinen Einlaß finden konnten, wird sehr Gelegenheit haben, sich das Stück des Dresdner Dichters „Kaiser“ anzusehen. Der Eintritt beträgt für Erwachsene 50 Pf., für Erwerblose und Kinder 25 Pf.

Jacob Tegeler, der dänische Märchenzähler, liest am Sonntag den 10. Dezember 20 Uhr im Künstlerhaus in der 2. Sommerveranstaltung der Dresdner Volksbühne Märchen von Christian Andersen vor. Tegeler gilt als der beste gegenwärtig lebende Andersen-Interpret. Alle Akteure der Märchen dieses Dichters, Mensch und Tier, Pflanze und totes Ding, bekommen durch seine meisterhafte Vortragskunst unmittelbares, von Humor, Satire und tiefer Bedeutung erfülltes Leben. Tegeler ist schon früher mit großem Erfolge auch in Dresden aufgetreten. Nun ist zum ersten Male wieder Gelegenheit geboten, sich seiner herrlichen Kunst zu erfreuen. Eintrittspreise: 50 Pf. für Mitglieder, 1,50 Mk. für Nichtmitglieder. Kartenerwerb für Mitglieder in der Geschäftsstelle, Schloßstraße 34/36, 2. Stock, an den Kartenverteilungsstellen der Volksbühne in den Theatern und an der Abendkasse, für Nichtmitglieder bei H. Ries, Seestraße 21 und an der Abendkasse, Kassenöffnung 19 Uhr.

Der Vertrauensarzt für Erwerblose

In der „freien“ deutschen Republik ist alles so schön eingerichtet, daß fast jede Behörde ihren eigenen Vertrauensarzt hat, der natürlich meistens auch zu deren Gunsten entscheidet. So wählten einige „Gesundheits“-Ämter in der Allgemeinen Ortskrankenkasse Dresden, durch deren Urteile sich so mancher Kranke wider Erwarten gesundgeschrieben sah. Warum soll da nicht auch das moderne eingerichtete „Bezirkskommando“ auf der Maternistraße seinen eigenen Vertrauensarzt haben, der das Vertrauen dieser Behörde besitzt? Ach, hier ist alles so schön eingerichtet. Da werden die Akten der Erwerblosen immer dicker und die noch vorhandene Arbeitskraft der schon ausgemergelten Proleten wird durch jede Bemerkung über Krankheit, Untauglichkeit für diese oder jene Arbeit oder gar Verweigerung der Arbeit um genau kontrolliert, um jederzeit einen Einblick zu haben, was für „Ware“ noch zur Verfügung steht. Wie der Vertrauensarzt für Erwerblose Dr. Mayer, Reichstraße 22, die Interessen des „neuen Bezirkskommandos“ vertritt, zeigt unter anderem folgender Fall: Da in Oberwartha viel Notstandsarbeiter angefordert werden und die meisten durch schlechte Bezahlung, Behandlung usw. nur einige Tage dort aushalten, so schickt man alles Verfügbare nach dort. Durch nasse und morsche Kellerwohnung gesundheitlich ruiniert und durch den Vertrauensarzt der Ortskrankenkasse Dresden dem Krankenhaus überwiesen, bin ich nach diesem noch bei zwei verschiedenen Spezialärzten in Weiterbehandlung. Nachdem der Spezialnervenarzt sagte, daß Tiefbauarbeiten des Gesundheitszustandes wegen nicht gut und auch zu schwer seien, wurde ich trotzdem zum Vertrauensarzt für Erwerblose, Dr. Mayer, geschickt, der folgendes Gutachten erstattete: Außer erfolgter Operation und Nervenschwäche kein Befund. **Abgemagert, aber noch kräftig genug, um Erdbarbeiten verrichten zu können.** — So urteilt dieser „menschenfreundliche“ Arzt, während Spezialärzte diese Arbeit für mich als gesundheitsschädlich bezeichnen. Bemerkenswert ist noch, daß bei diesem Vertrauensarzt die Erwerblosen in einem kleinen, schmalen besonderen Raum untergebracht werden, wahrscheinlich, um nicht erst mit dem Praxiszimmer der Privatpatienten in Berührung zu kommen. Wie ferner die „soziale Fürsorge“ der Stadt Dresden — die doch in manchen sozialen Einrichtungen an erster Stelle stehen will — aussieht, wird dadurch bewiesen, indem sie Leute, die gezwungenermaßen der Fürsorge anheim fallen, derart abfindet, daß man sie bittet, die auch noch für Frau und Kinder zu sorgen haben, den Werkstätten des Fürsorgeamtes Dresden (Arbeitsanstalt) Königsbrüder Straße 117, zum Kutensbesenbinden überweist und ihnen so einen wöchentlichen Verdienst von 3 Mark (höchstens aber 12 Mark) im Afford ermöglicht.

Wie wäre es, wenn der reaktionäre Rat mal seinen Platz wechseln würde und in die Werkstätten für einen Tag arbeiten ginge? Wenn es um Gehaltserhöhungen dieser Herren geht, sind sie durchaus nicht so kleinlich. 10 000 Mark spielen da gar keine Rolle — für die Arbeiter aber ist kein Geld da.

Abwehr . . .

Arbeiter erzwingen Entlassung eines Antreibers

Das Proletariat weiß, wie die Nationalisierung in den Betrieben tobt und daß diese zum Bestehen des Kapitalismus gehört. Aber wie die Ausbeutung und das Antreibersystem bei der Firma Buschbeck u. Hebenstreit, Dresden, Tharandter Straße 43, wütet, hätte schon längst der Desflichtigkeit unterbreitet werden müssen. Die neue Betriebsleitung hat, wie es so schön heißt, reorganisiert. Vor einem Jahr wurde das Minutentakt eingeführt und zugleich, weil dies eine technische Verbesserung wäre, den **Affordarbeitern 15 Prozent von ihren leistungsfähigen Preisen abgezogen.** Die Arbeiterklasse rebellierte gegen diesen horrenden Abzug. Ein Klagegeld, daß der Betrieb unrentabel sei, und wenn die Arbeiter sich nichts abziehen lassen, der Betrieb geschlossen werden müßte, war die Antwort der Betriebsleitung. Vor 4 Monaten wurde ein Betriebsingenieur eingestellt, dessen Intelligenz sich darin ausdrückt, daß er technische Verbesserungen einführt, welche schon vor 10 und mehr Jahren als unpraktisch verworfen worden sind. Selbst auf den reaktionären Arbeitsgerichten fiel man in solchen Fällen als Betriebsleitung glatt durch. Dieser Betriebsingenieur griff einen 60jährigen Schlosser in einer Art und Weise an, daß selbiger am Schraubstock bewußtlos umfiel! Durch diese Provokation legte die in **häkster Entzückung befindliche Belegschaft geschlossen die Arbeit nieder und verlangte die sofortige Entlassung des betreffenden Ingenieurs.** In einer späteren Verhandlung mußte auch die Kündigung ausgesprochen und dadurch dem Willen der Arbeiterklasse Rechnung getragen werden!

Nicht unerwähnt soll auch der Betriebsleiter bleiben, welcher die gesamte Belegschaft, darunter 50jährige und noch ältere Arbeiter, anbrüllt, als wenn man — wie vor dem Kriege — (sahen sich diese Herrschaften, jetzt vielleicht schon wieder sowjetisch) auf dem Kasernenhof zur Rekrutenausbildung wäre. Dieses Gebrüll und Geschloß dieses kuffierten Herrn hört man vom Erdgeschoß bis zur 2. Etage. Die Arbeiter rennen um ihn her wie um einen kleinen Herrgott. Kollegen! Macht Schluss mit dieser unwürdigen Behandlung! Steht geschlossen hinter eurem Betriebsrat! Gebt jedem, der euch bevormunden will, der euch wie Hunde und Elaven behandelt, die gebührende Antwort! Schmeißt

Aus der Freidenkerbewegung

Die Ausbeutung ist international und beruht auf der Religion nur als Mittel zum Zweck. Der Ausbeuter braucht für sich keine Religion und liefert auch an Feinde und Andersgläubige. Der Ausbeutete hingegen soll religiös und patriotisch sein, das heißt Thore haben, die er zu hungern und wenn es not tut, zu sterben bereit ist.“ (Aus den Richtlinien der Internationale proletarischer Freidenker, Ein Wien)

Die Abrüstungskonferenz in Genf

„Halter Friede, siehe Eintracht“ herrscht im Reformationsaal in Genf. Die Meldungen der letzten Tage berechneten uns, das Wort Abrüstung in Genf (siehe S. 1) und hinter „siehe Eintracht“ ein recht kräftiges Fragezeichen zu setzen. Man redet und redet, vergißt aber darüber das Handeln. Taten sind nicht zu sehen. — Die in Genf vertretenen Männer präsentieren sich zwar als Vertreter ihrer Nationen und Völker, in Wirklichkeit sind sie aber nur Vertreter bestimmter Klassen, Wirtschaftsgruppen und Interessententeile. Die Interessen der Proletarier aller Völkerbündler werden im Völkerbunde niemals vertreten im Sinne proletarischer Arbeiterpolitik.

Die Vorschläge der Vertreter der Sowjetunion, die auf völlige Abrüstung hinauslaufen, erwecken nach den Zeitungs-meldungen bei den Delegierten der Abrüstungskonferenz „fidele Heiterkeit“. Das ist das wahre Gesicht der Abrüstungskonferenz; von Abrüstungs- und Friedenswille keine Spur! — Abrüstung? Was fehlt schon lange der Glaube. Man braucht ja nur die Tageszeitungen zur Hand zu nehmen: Konfliktstoffe in Unmengen und überall! Aufrüstung in den imperialistischen Ländern wie nie zuvor, und trotzdem redet man von „Abrüstung“!

Der Washingtoner Abrüstungskonferenz lag damals als authentisches Material eine amerikanische Statistik über die Gesamt-menschenverluste während des Weltkrieges vor. Danach sind folgende Verluste an Menschen zu verzeichnen: insgesamt im Kriege gefallen und gestorben . . . 19 658 000 durch vermehrte allgemeine Sterblichkeit weggefallen 30 470 000 dazu Rückgang der Geburten in der Kriegszeit . . . 40 500 000 der Gesamtverlust an Menschen beträgt also . . . 90 628 000

In Buchstaben ausgedrückt: Neunzig Millionen, sechshundertachtundzwanzigtausend! — Angesichts dieser Verlustziffern gibt es Menschen, die zu neuen Blutbädern heken, gibt es Staatsmänner, die einen Vorschlag zu völliger Abrüstung, das ist Abschaffung des Krieges, mit „fidele Heiterkeit“ quittieren! Nieder mit diesen Verbrechern! Krieg dem Kriege!

Aus der Praxis des Christentums

Seit und arbeite!

Die Regensburger Zeitung brachte anfänglich einer Veranstaltung der katholischen Arbeitervereine folgenden Bericht:

„Gegen 7/8 Uhr lief der Sonderzug zu Bischofsberg ein und wurde begrüßt vom dortigen katholischen Arbeiterverein. In langen Reihen gruppierten sich die Pilger, von drei Priestern begleitet, unter Leitung des H. S. Dörschjanthes, Stadtpfarrers Wimmer, Regensburger-Katholiken und sogar lebend durch den besagten Markt, hinauf zum Maria-Hilf-Berg. In der herrlichen Wallfahrtskirche hielt S. H. Vater Guardian die Predigt, in welcher er die Pilger aufforderte, Mariens Lebens- und Arbeitsprogramm „Seit und arbeite“ zum ihrigen zu machen. Hernach folgte gelungene heilige Messe, während welcher viele Pilger die heiligen Sakramente empfingen. Nachher durften mit besonderer Erlaubnis die Männer das Grab des 1924 verstorbenen Vaters Viktorius besuchen, der im Ruhe der Heiligkeit ruht und über dessen Leben bereits ein Seligsprechungsprozeß anhängig ist.“

Bedarf es noch eines Kommentars — „Selig sind, die geistig arm sind!“

Verband für Freidenkertum und Feuerbestattung E. V.

Donnerstag, 8. Dezember:

Gruppe **Kaulzig.** 19.30 Uhr, Jugendheim Viehbachstraße, Versammlung mit Vortrag: „Jesus oder Karl Marx?“

Gruppe **Leubegast.** 20 Uhr, Restaurant Flora Leubegast, Leubegaster Straße, Versammlung mit Vortrag: „Proletarische Feiern.“

Freitag, 9. Dezember:

Gruppe **Coblenz.** 19.30 Uhr, Reichsdachstraße, Versammlung mit Lichtbildervortrag: „Feuerbestattung.“

Dienstag, 13. Dezember:

Gruppe **Pöhlau.** 19.30 Uhr, Jugendheim Poststraße 15 (Konsum), Versammlung mit Vortrag: „Heiteres aus dem Kinderleben.“

Sonabend, 17. Dezember:

Erweiter Unterbezirksleitung Groß-Dresden. 19 Uhr Sitzung mit wichtiger Tagesordnung im Volkshaus.

Jugendliche Pleite in Sebnitz

Nach achtwöchiger Propaganda und großem Tamtam hatte der Jungdeutsche Orden in Sebnitz am Freitag dem 2. Dezember eine öffentliche Versammlung unter dem Titel „Schlacht und Grauen“ abgehalten. Die „gewaltige Propaganda“ hatte zur Folge, daß 150 bis 180 Männlein erschienen waren. Dazu hatte man aber bis aus Pirna alle treudeutschen Mannen mobilisiert. Als Referent kam eine treudeutsche Kanone aus Rähn am Rhein. Sein ganzes Referat forderte nichts weniger als eine Annäherung an das Reichsbanner, Ausrottung des Klassenkampfgedankens im Proletariat. Die Abrechnung mit seinem treudeutschen Freund Eugenberg fehlte natürlich nicht. Trotz der gemachten Erfahrungen als Fliegeroffizier im Felde 1911 bis 1918 mußte festgestellt werden, daß Herr Rümann aus dem Grauen noch nichts gelernt hat. In seinen weiteren Ausführungen trat klar hervor, die Forderung, ein Bündnis mit Frankreich zu schließen, um einerseits Amerika als Gläubiger loszuwerden, andererseits aber, um das hochschwellige Ausland zu vernichten, um so den 15 Millionen Deutschen, die nach seinen Begriffen „zu viel auf der Welt sind“, Siedlungsmöglichkeiten zu geben. Bei diesen Ausführungen wurde das Referat öfters von der Galerie aus unterbrochen. Wir konnten die erfreuliche Tatsache konstatieren, daß es nicht nur Kommunisten waren, die die Zwischenrufe machten. Das beweist, daß auch das indifferente Proletariat von einem Krieg gegen Sowjetrußland nichts wissen will. Die 15 Minuten Redezeit, die man Genossen W. gab, wurden ausgequilt, um die Illusionen, die er den Arbeitern zu machen versuchte, zu widerlegen. Stürmischer Beifall durchstobte den Saal, als Genosse W. betonte, daß nur über die Diktatur des Proletariats und unter dem roten Banner der Revolution eine Verbesserung für alle Werktätigen möglich sei. Das Schlusswort war ein einziges Gestammel und mußte abgebrochen werden, als die Arbeiter die Internationale anstimmten. Arbeiter von Sebnitz! Ihr lebt; wie diese deutschen Helden rüsten. Wollt ihr zögern? Stärkt die rote Klassenfront. Abonniert die Arbeiterstimme!



Arbeiterport



Turnspiele

8. Bezirk. Fußballturnier für Sonntag den 11. Dezember
 Bezirk 1—Lößtau 1. 2. muß sich tüchtig zusammenreißen wenn sie nicht zu leicht abgeben wollen (11). Cohnmannsdorf 1—Strießen 1. Nach den letzten Resultaten von C. erwartet man sie hier als Sieger, doch Str. wird sich nicht so leicht schlagen lassen (10). Obercaasdorf 1—Cohnmannsdorf 2. C. erwartet man hier als Sieger (13). Lößtau 1—Birkigt 2. Beide werden sich einen spannenden Kampf liefern, auf den Sieger ist man gespannt (11). **Untere Mannschaften:** Deuben 2—Niederhöflich 1 (10). Janderoda 2—Lößtau 2 (10). Tharandt 2—Mittadt 2 (14). **Jugend:** Gottschappel 1—Mittadt 1 (11). Deuben 2—Pieschen 2 (12). Lößtau 1—Heidenau 2 (10, 10). Schäfer 1—Lößtau 1—Strießen Jungb. 1 (9, 10). Deuben 1—Freital-Veltern 1 (9). **Hanbball:** Deuben 1—Gittersee 1. Beide lieferten sich immer knappe Kämpfe, wie wird es diesmal enden? Auf den Sieger ist man gespannt (11).

Sekretärwettbewerb Dresden—Berlin

Die Ausschreibungen im Dresdner Bezirk (Arbeiter-Turn- und Sportbund) haben stattgefunden. Es besteht die Dresdner Mannschaft aus den Genossen Vösch, Venn, Philipp, Trommer, Köhler. Die Berliner Mannschaft stellt die Genossen Reuthold, Blau, Hoffmann, Wietke, Albricht, Gräbert. Die Berliner sind durchweg Kampferprobte. Bei der Dresdner Mannschaft sind einige, die das erstmalig bei einem Städtekampf mitwirkten. Das erhöht die Siegesaussichten der Berliner. Die Dresdner haben aber sehr fleißig geübt. Gute Leistungen sind auf beiden Seiten zu erwarten. Kein Turnfreund verläumde diesen Wettbewerb. Der Spielmannszug der 1. Gruppe wird mit einigen langjährigen Märchen den Verlauf beleben. Pünktlich 10 Uhr im großen Saal des Trianon wird mit der Veranstaltung begonnen. Der Eintrittspreis (50 Pf. für Erwachsene, 30 Pf. für Jugendliche) ermöglicht jedem den Besuch. Karten sind zu haben im Sporthaus Klügel, Schäferstraße, und an der Kasse.

Winterport

Ich. Auch beim Schneeschuhlaufen hat das Springen große Bedeutung erlangt. Wenn man einen Sprung ausführen will, so ist Voraussetzung, daß man den Körper und auch das Gerät (Sti) vollständig beherrscht. Ein vollkommener Schneeschuhläufer wird nicht damit zufrieden sein, in Schwingen zu Tale zu fahren, sondern er will auch das Springen erlernen. — Zu unterscheiden sind Gelände- und Schanzsprünge. Mit ersteren überwindet man Hindernisse (Gräben, vorstehende Baumstümpfe, Steine und sonstige Unebenheiten des Geländes), während letztere fast nur den Wettkampfbesuchern dienen. — In voller Fahrt — ohne erst abzusetzen — hebt man sich beim Geländesprung (s. Abbildung) mit Hilfe der beiden Stöcke schwingend über das Hindernis. Der stark vorgezogene Körper schneit hoch, die Beine müssen gut angezogen werden. Körperhaltung wie bei der großen Hode.

Wer wird Bezirksmeister?

Sonntag, den 11. Dezember 1927, 14 Uhr fällt die

Entscheidung in der Igenkampfbahn Lennéstraße zwischen DSV und Lößtau

Die Stippen sind hoch gehalten, damit ein Einstippen vermieden wird. Der Ruderprunghat federnd zu geschehen. — Geländesprünge von 8 bis 8 Metern sind keine Seltenheit. Beim Hindernislauf zeigt es sich besonders, welche Vorteile damit erzielt werden können.

Der Anfänger vermeide, das Springen zu versuchen, bemühe sich vielmehr, erst alle Techniken des Schneeschuhlaufens gründlich zu erlernen.

Es sei an dieser Stelle besonders auf das

Reisewinterportfest des 4. Kreises

am 14. und 15. Januar 1928 in Altenberg stattfindend. Bei diesem Fest, das den Auftakt für das 4. Kreisfest im Juli 1928 in Dresden bildet, werden alle Arten von Skiwettkämpfen stattfinden. Auch der zusehende Winterportfreund wird keine Freude daran haben. Für alle Winterportler aber gilt die Parole:

Um 14. und 15. Januar alles auf nach Altenberg!

Bereinsnachrichten

Touristverein „Die Naturfreunde“, Ortsgruppe Dresden: 11. 12. Tm. Winterwanderung durch fünf schöne Täler. 8.40 Hbf. Niederwartha (S.A.) H. Lehnhart. — Am. in den Rathgrund, 13.30 Rathaus Plauen, Chemnitzer Platz. H. Bergmann. — Uta u. Friedrichstadt: 11. 12. Tm. Rathgrund, 13.30 Rathaus Plauen. H. Bergmann. — Johannstadt: 11. 12. Tm. Wallenberg, 13.00 Körnerplatz. Gotha: 11. 12. Tm. Tharandter Wald, Klingenberg, Malter. Hbf. 8.19 Hbf. (S.A. Klingenberg-Malter). H. Krause. — Wasserwanderer: 11. 12. Besuch des Volkshausmuseums. Treffen 9 Uhr Wiesenstr. Jugendabtl.: 11. 12. Tm. Dresdner Heide, 7.30 Albertplatz. H. Geier. — Plauenischer Grund: 11. 12. Tm. Winter Sonnenwendfeier in der Kleinhennersdorfer Höhe (S.A. Schwela). Hbf. 6.10 Hbf. (S.A. Königstein). Jugendabtl.: 11. 12. Tm. Tharandter Wald. H. Schönfeld. Hbf. Hainsberg: 11. 12. Tm. Durchs Basteigebiet nach dem Königsteiner Haus. Hbf. 5.36 (S.A. Wehlen). Winterportfest: 11. 12. Übung im Gelände. Lößtau: 11. 12. Tageswanderung. Lößtau: 11. 12. Besuch des Museums für ländl. Volkskunst. 13.00 Waldsiedl. Vordorf: 11. 12. Besuch des Planetariums. Sonnabtl.: 11. 12. Tm. Dippoldswalde Heide, 13.00. H. Klok. — Habenaner Wäldle. H. Gehmlich. Radeberg: 11. 12. Tm. Hufeisch. 13.00 Lindenhof. H. Junge.

Arbeiter-Turn- und Sportbund, Bezirk Dresden 10. Dezember 19 Uhr im Volkshaus Bezirksratssitzung. Anschließend Bezirksratsitzung. — Freier Turn- und Sportverein Dresden-N., Hbf. Friedrichstadt, 9. Dezember 21 Uhr Versammlung in der Schäferhütte. Vortrag des Gen. A. Hablan: Der Sport in der Gegenwart.

Arbeiter-Turn- und Sportbund, 1. Gruppe, 12. Dezember 19 Uhr erweiterte Gruppensitzung im Volkshaus, Saal 2, Schützenplatz 20. Tagesordnung: Bericht vom Kongress in Dellingfors Die Abteilungsleiter und Haupttechniker sollen mit anwesend sein.

4. Kreis, 10. Bezirk, Turnspiel-2. Untere Jahreshauptversammlung des 10. Bezirks findet am 8. Januar 1928 9.30 Uhr im Pirnaer Volkshaus statt. Die Tagesordnung lautet: 1. Bericht; 2. Wahlen; 3. Anträge; 4. Kreisfest; 5. Jahresprogramm 1928; 6. Festlegung unserer Saisons; 7. Allgemeines. Anträge sind bis 1. 1. 1928 an die Spielleitung einzureichen. Das Delegationsrecht richtet sich nach dem im SVS bekanntgegebenen Modus. Laut Beschluß der Spielleitung am 3. 12. 27 hat jeder Vereinsdelegierte das Bundesmitgliedsbuch, Parteibuch, Gewerkschaftsbuch und die Kirchenaustrittsbekanntmachung vorzulegen.

Arbeiter-Aktionen. Diejenigen Vereine, welche ihr Statut § 5 R. noch nicht entrichtet haben, bitte ich, es umgehend zu tun. Entgegennahme beim Bezirkskassierer. In Betracht kommen die letzten Serienkämpfe.

Turnabteilung Dresden-Heid. Sonnabend den 10. Dezember Versammlung im Sportheim 19.30 Uhr.

Turnerschaft Strießen. Sonnabend den 10. Dezember 19.30 Uhr Funktionärsitzung der Turnabteilung beim Genossen Kämmer, Glasbützer Hof. Alle, die gewillt sind, nächstes Jahr mitzuarbeiten, sind willkommen.

Wasserport. Die Kampfrichtervereinigung des 2. Bezirks am 9. Dezember Jahreshauptversammlung in der Geschäftsstelle um 19.30 Uhr. Neuwahlen finden auf der Tagesordnung, ferner muß jeder Kampfrichter erscheinen und Kleinfuß und Papier zur Aufbereitung von Klitten mitbringen. Wer unentschuldig fehlt, scheidet aus der Vereinigung aus.

Arbeiter-Mandolinisten, Orfoge, Dresden. Gruppensitzung am 9. Dezember, Kindergruppe 10. Dezember im kleinen Trianonsaal, nicht im Volkshaus.

Verein für volkstümlichen Wasserport, Hbf. Altstadt-Orf. Nächsten Sonnabend den 10. Dezember findet die Generalversammlung im Volkshaus, Saal 2, Schützenplatz, statt. Tagesordnung: Bericht, Neuwahlen und ein Vortrag des Gen. Hennig „Das Proletariat und die Kunst“. Es ist recht zahlreicher Besuch dieser wichtigen Versammlung erwünscht. Beginn Punkt 20 Uhr.

Jugendleiter! Am 10. Dezember 19 Uhr im Volkshaus Jugendleiterhauptversammlung. Tagesordnung: 1. Präsenzliste; 2. Berichte; 3. Neuwahl; 4. Beschiedenes; 5. Wärl. Richter zeigen wird nach Bezirksatzung bestraft.

Arbeiter-Gymnastik-Kolonie Dresden, 2. Bezirk, Sonnabend den 17. Dezember, 19 Uhr, findet unsere Wälnachtsbesprechung atmer Kinder in Adlers Vereinshaus, Tolkewider Straße, statt. Mitglieder und Gönner werden hierzu herzlich

KPD / Bezirk Dörschichen / Sekretariat
 Adress: Meißelstr. 10, Dresden-N.,
 Columbusstr. 9, Tel. 2833 / Die Sammlungen genügen müssen spätestens
 6 Uhr Tage vor dem 10. 12. im Saal des Volkshaus im 2. Stockwerk sein.
 (Kontaktschreiben an die Adresse oben)

Versammlungsständer

Kommunistische Partei

Donnerstag, den 8. Dezember

Stadtteil 2. 19.30 Uhr erweiterte Stadtteilleitung im Restaurant zum Schulgut, Ziegelstraße.

18. Deuben. Am 13. Dezember dürfen keine lokalen Veranstaltungen stattfinden. Alle Mitglieder besuchen die AG-Mitgliederversammlung.

18. Deuben. Kassiererkonferenz am 10. Dezember beim Arbeitsgebietskassierer. Alle Kassierer haben pünktlich 18 Uhr zu erscheinen.

Freitag, den 9. Dezember

Stadtteil 4. 18 Uhr Leitungssitzung im Antonstädter Kasino Ecke Tal- und Louisestraße. — Anschließend 19.30 Uhr Funktionärsitzung.

Sprechhorversammlung 19.30 Uhr im Bureau, Columbusstraße 9, prt. Alle Parteigenossen, -genossen, Jugendgenossen sowie KPD-Kameraden, die sich für Sprechhor interessieren, werden aufgefordert, sich an dieser Versammlung zu beteiligen.

Stadtteil 3, Strahenzellen C u. D. 19.30 Uhr Versammlung im Rest. Erdbeul.

Lößtau. Versammlung im Bürgergarten, 19.30 Uhr.

Pieschen, Strahenzellen A u. B. Versammlung im Bürgerhof, Bürgerstraße, 19.30 Uhr.

Neustadt-West, Traubenberge (D u. E). Versammlung im Köpfnickerhof, Hans-Sachs-Straße, 19.30 Uhr. Thema: 10 Jahre Sowjetrußland.

18. Deuben. Gewerkschafts-Funktionärsversammlung im Rest. Goldener Stern, 19.30 Uhr.

18. Köpfnickerberge. Arbeitsgebietsmitgliederversammlung im Rest. Scharke Ecke Radebeul.

Niederpöritz. Offizielle Versammlung im Goldenen Löwen, Wälnitz, 19.30 Uhr. Referat: Das neue Rußland.

Sonnabend, den 10. Dezember
Sozialpolitik über „Mittelstand“ diesmal aus „Sozialpolitik“.
Neustadt-West. Resolutionsfeier im „Sofgericht“.

Mittwoch den 14. Dezember
Partei-Kassiererkonferenz 19.30 Uhr, im Bürgerkasino.

Kommunistischer Jugendverband

Donnerstag, den 8. Dezember

Gittersee. Gruppenabend im Rest. Reihof, 19.30 Uhr. Thema: Das Möbel in unserer Bewegung. Gäste willkommen.

Freitag, den 9. Dezember

Groß-Dresden. Der Gewerkschaftsrat findet im Brandenburger Hof statt.

Jung-Spartakus-Bund

Donnerstag, den 8. Dezember

Groß-Dresden. Alle Leiter und Helfer beteiligen sich an der Elternratsitzung am Freitag.

Kadix. Pünktlich 17 Uhr Probeabend.

Roter Frontkämpferbund

Freitag, den 9. Dezember

Hbf. 11. 19.30 Uhr Mitgliederversammlung im Königshof. Es ist Pflicht eines jeden Kameraden, zu erscheinen.

Orfoge, Pannwitz. 19.30 Uhr Funktionärsitzung im Amstelgrund. Stellungnahme zur Jahreshauptversammlung.

Orfoge, Radeberg. 19.30 Uhr Mitgliederversammlung im Edelweiss.

Alles nach!

Wohnt? **Wohnt?**

Rote Nebne

Arbeitertheater mit Musik und Gesang

(Geleitet von der Agitprop-Truppe des KPD Dresden)

Heute, 8. Dezember, in Deuben, 20 Uhr, im Café Deuben, Pannwitz.

Freitag den 9. Dezember in Meißel, 20 Uhr, im Kaiserhof, Sonnabend den 10. Dezember in Heidenau, 20 Uhr, im Deutschen Haus.

Freitag den 16. Dezember in Pirna, 20 Uhr, im Volkshaus, Welches Hof.

Eintritt 50 Pfennig!

Karten sind zu haben bei allen Funktionären der KPD und des KPD

eingeladen, da anschließend gefälliges Bekommen sein mit Verbesserungen hinsichtlich. Ederjagdente sind eventuell mitzubringen.

Arbeiter-Kadetten-Bund „Solidarität“, Orfoge, Eberbach, Sonnabend den 10. Dezember 19.30 Uhr Versammlung im Gasthaus zur Erinnerung.

Freie Turnerschaft Kadix, Turnspieler. Nächsten Freitag den 9. Dezember 17.30 Uhr sehr wichtige Spielausschüttung in der Pannwitz.

Freie Turnerschaft Heidenau. Donnerstag den 8. Dezember 19 Uhr im Sportheim Leichtathletenversammlung mit anschließendem Probeabend. Die Festlegung der Winterveranstaltungen erfordert Anwesenheit aller Sportler und Sportlerinnen.

Turn- und Sportverein Freischule Cunnerdorf. Am 10. Dez. 19.30 Uhr Jugendabend bei Richter. Am 13. Dez. 19.30 Uhr Jugendversammlung bei Richter. Am 17. Dez. 19 Uhr, Vorturnerfunde Turnhalle.

Rundfunk

Freitag den 9. Dezember:

18.30—19 Uhr: Nachmittagskonzert des Leipziger Rundfunkorchesters.

18.30—19.30 Uhr: Vespereben aus den Neuerfahrungen auf dem Bühnenmarkt.

19—19.30 Uhr: Vortragsreihe: „Fortschritt der angewandten Physiologie“ 4. Vortrag Prof. Dr. O. Kimm von der Leipziger Universität: „Rechtsschutz“.

19.30—20 Uhr: Vortragsreihe: „Geschichte des Romans und der Novelle“ 10. Vortrag Prof. Dr. Georg Wilkowski von der Leipziger Universität: „Der Gesellschaftsroman“.

20 Uhr: Weiterverausgabe, Schneebestäubung und Zeitangabe.

20.15 Uhr: Mitteldeutsche Komponisten, Leipzig: VI. Abend. I. Wer zuletzt lacht ... II. Das fatale Ei.

22 Uhr: Preisbericht und Sportfunk.

22.15 Uhr: Tanzlehrkursus.

22.30—24 Uhr: Tanzmusik.

Orfoge, Offendörfer-Ostfilla. 20 Uhr Funktionärsitzung. Jeder Funktionär hat zu erscheinen.

Orfoge, Demich-Thumitz. 19.30 Uhr im Vereinslokal Versammlung. Vortrag über die Rote Armee, Frauen und Semipartizierende mitbringen zwecks Gründung einer KPD-Gruppe.

Rote Jungfront

Achtung! Bildungsoberteil! Einblendung der Berichte der Abende im November.

Donnerstag, den 8. Dezember

Hbf. 1. 19.30 Uhr Mitgliederversammlung im Bürgergarten.

Roter Frauen- und Mädchenbund

Freitag, den 9. Dezember

Sprechhorversammlung 19.30 Uhr im Bureau, Columbusstraße 9, prt. Alle Genossinnen, die sich für Sprechhor interessieren, werden hierzu eingeladen.

Verband für Freidenkertum und Feuerbestattung

Donnerstag, den 8. Dezember

Gruppe Laubegait-Tolkewitz. 20 Uhr im Rest. Flora, Laubegait, Tolkewitz Straße, Mitgliederversammlung. Vortrag des Genossen Lehrer Schmitz. Das Erscheinen aller Genossen und Genossinnen ist Pflicht. Gäste herzlich willkommen.

Freitag, den 9. Dezember

Orfoge, Pannwitz. 20 Uhr im Rest. Amtshof Mitgliederversammlung. Vortrag des Gen. Lehrer Junge, Pannwitz: „Proletarische Erziehung des Kindes“. Alle Mitglieder, besonders die Frauen, sind dazu eingeladen. Gäste herzlich willkommen.

CAPITOL FREITAL

Auf Wunsch der gesamten Freitaler Einwohner bringen wir

ab Donnerstag den 8. Dezember

Das tanzende Wien

an der schönen blauen Donau

II. Teil

In der Hauptrolle: **Lya Mara**

Regie: **Friedrich Zelnik**.

Ferner:

Nie wieder Seitensprünge

Ein tolles Lustspiel in 2 Akten.

Opel-Wochenschau.

Für jugendliche erlaubt.

Der öffentl. Arbeitsnachweis Freital und Umgegend

Lange Straße 19 Freital Fernruf Nr. 695

sucht

Junge Arbeiterinnen
 und Arbeiterinnen
 Der Arbeiter
 Dienstleistungen für die
 Landwirtschaft
 Drechsler
 Glaser
 Glashändler
 Hausmädchen für
 Privathaushalt

Hausmädchen für
 Haushaltung
 in verschieden
 Fachrichtungen für die
 Glashandlung
 Vert. Stenographinnen
 Schuhmacher
 Vert. Stenographinnen
 Vert. Stenographinnen

Zuarbeiterin,
 die Karten halten und unterzeichnen kann

Werbt neue Abonnenten

PIRNA				
RICHARD NOACK Braustraße 6 Zigarren, Zigaretten, Tabakwaren Radehaus Gartenstraße 6 Uhren, Trauringe, Goldwaren Rich. Fischer, Gartenstraße 6 Rich. Hoffmann, Breite Straße 17 Zigarrenhandlung Emil Kuchler Breite Straße 8 Konrad Lausckke Glas, Porzellan, Steingut Breite Straße 1 Uhren und Goldwaren D. Singer, Breite Straße 10b	Lebensmittel Paul Ziegler, Kammerstraße 10 Kolonialwaren und Feinkost Arno Hahnwald Kohlbergstraße 5 1 Prozent auf alle Waren Sode Lange & Couly Lebensmittel Haußwald, Am Markt 16 Erich Schneider Ubrschmecker Schuhgasse 16 Fischwaren, Delikatessen, Süßbrüche Emil Zschaler Jacobierstraße 1 Fleisch- und Wurstwaren Rich. Moal Zehlsauer Straße 16	Haus- und Küchengeräte Führendes Spezialgeschäft Jährg & Domschke Jacobierstraße Teilzahlung gestattet Brot- u. Weißbäckerei Alw. Dietrich Schindlerstraße 1 32 PAUL WEISS 32 Dohnaische Straße Herren-, Damen- und Kinder-Bekleidung Seifenfabrik Gebr. Melzer, Markt 12 Musikinstrumente u. Noten „Musik-Atippi“ Schloßstraße Bäckerei u. Konditorei Erhardt Bachmann Reichsstraße 10	Richard Scherneck, Dohnaische Str. 13 Wollwaren Schuhwaren und Reparatur Otto Lehmann Gartenstraße 36 Wäscheputzen / Toilette-Zubehör Dünfel / Wäscheleinen Hugo Feder, Schuhgasse 15 Nähmaschinen, Fahrräder Max Schäfer, Schössergasse 7 Markt-Drogerie Arno Kirsten Nachf. Pirna, Kirchgasse 1 Leder Karl Böhnen, Dadergasse 8 Kolonialwaren / Tabakpfeifen J. F. Weinert	Musik- Noack Mollkesstraße 3 Kolonialwaren / Trocken „Zum Odisenkopf“ ff. Fleisch- u. Wurstwaren H. Kiesch, Schössergasse 2 Wurst- u. Aufschnittwaren A. Spiegel Nachf., Jacobierstr. 7 „Cigarren-Grünert“, Dohnaische Straße Zigarren, Zigaretten, Tabak Brot-, Weiß- und Feinbäckerei Paul Walther, Zehlsauer Str. 16 Fleisch- und Wurstwaren G. Zander, Steinplatz 17 Schöber & Weigoldt Zabaftwarenherstellung, Schloßstraße 18
PIRNA COPITZ				
„Grundschänke“ empfiehlt sich für Familienverkehr und Versammlungen Bruno Meyer Copitz-Posta Fleischerei und Gastwirtschaft Dr. Seemann, „Zingehaus“ Brot- und Feinbäckerei O. Freudenberg, Grundstraße 7 MILCH / BUTTER MÖLKEREI BERCHTIG, Hauptstraße 9 Traag. Förster Pirna, Posta und Mochethal Drogen, Farben, Dachpappen, Teer Kolonial- u. Tabakwaren, Spirituosen	Fleisch- und Wurstwaren KURT DICK, Hauptstraße 8 KOLONIALWAREN kauft bei Fritze Müller, Hauptstraße 12 Schokoladen / Kaffee H. Gärtner, Hauptstraße 7 A. Mehlhorn, Lichtbildner Hauptstraße 14 Mod. Bildnisse, Postkarten, Vergrößerungen Brot- und Feinbäckerei J. Richter, Hauptstraße 21 KOLONIALWAREN R. Guterath Nachf., Inhaber Post-Posta	Spedition Möbeltransporte Gebr. Große, Schillerstraße Fleisch- u. Wurstwaren Richard Worm, Hauptplatz 20 „Zum Mönchsbräu“ (Haus Ballsaal) Niederleithe 12 Spez.: Ausschank des echten bayrischen Exportbiers „Mönchsbräu“ München i. Bayern	KOLONIALWAREN Maria Müller, Pflanzler Straße 17 Schuhwaren Ewald Hahn Hauptstraße 23 Fleisch- u. Wurstwaren Arthur Wehner Hauptstraße 10 Fahrräder / Nähmaschinen Otto Schmidt, Hauptstraße 4 Fahrräder, Motorräder Nähmaschinen, Sprechapparate Willy Haak, Am Rathaus	Bäckerei und Café P. Reinhold, Hauptplatz 15 KOLONIALWAREN Karl Müller, Hauptplatz 12 Holz / Kohlen / Briketts Gustav Fritzsche Hauptplatz 12 Bierhandlung Richard Müller, Pflanzler Str. 10 Rindertaugen / Fahrräder Dreigel, Hauptstraße 24
SEBNITZ				
Schuhhaus Alfred Rögler Schandauer Straße 3 MARTA RÖSNER, Schandauer Str. 17 Spezialität: Aufschnitt und Delikatessen ALOIS DUCKE, Rosenstraße 12 Radio-Vertrieb Rohschlächterei Arthur Pletsch Gasthof zur Weinleite FRITZ BOER Brot- und Weißbäckerei, Herligswalder Mühle Friedrich Schade & Sohn Am Markt Eisenwaren / Werkzeuge / Haus- u. Küchengeräte F. ZINKE (am Bahnhof) Baudenweg 1 Kolonialwaren, Delikatessen Joh. Schnöbirt, Kirchstraße 8 Rind- und Schweineschlächterei	CAMILLO KAHLE Lange Straße 21. Brot- und Weißbäckerei AUGUST TAMMER, Lange Straße 16 Kinderwagen, Karren, Spielwaren Curt Scheunig, Lange Straße 41 Tägl. irische Milch, Kolonialwaren, Süßbrüche Fritz Spillner, Lange Straße 20 Rind- und Schweineschlächterei Eduard Thiel, Ingenieur Lange Straße 10. Elektrische Zinlagen, Drahtmaschinen-Zinlagen, Radio-Zinlagen Arthur Köhlig, Mühlgraben 2 Spezial-Brillengläser Gust. Paulick, Herligswalder Str. 8 Fleisch- u. Wurstwaren Moderne Kleidungsstücke für Damen, Herren u. Kinder lassen Sie am besten und billigsten bei R. LUBSANITZKI, Am Markt.	Richard Hesse, Göttinger Straße 47 Brot- und Weißbäckerei Vogeländische Musik-Zentrale Karl Stoß, Promenade 24 Karl Hofffeld, Schillerstraße 9 Fleisch- und Wurstwaren Otto Kadner, Lange Straße 35 Bäckerei Arthur Esert, Lange Straße 53 Fahrräder, Nähmaschinen, Reparaturen und Ersatzteile. Besondere Teilzahlung. Schuh- und Sporthaus, Reparaturanstalt Hermann Dürr, Lange Str. 66 Allisverkauf für „Mercedes“	Hermann Zirstein, Herligswalder Str. 5 empfiehlt sich zur Ausführung sämtlicher Polsterarbeiten Schultheiß Schandauer Straße 6 Gummiräder, Lehnstühle und Artikel zur Kranenherstellung M. v. Herzog, Herligswalder Straße 12 Lebensmittel, Obst und Grünwaren Hüte-, Mützen-, Filzwaren Karl Kirchner, jun., Lange Straße 51 Billigste Bezugsquelle für Damen-, Herren- und Kinder-Bekleidung Pankratz, Lange Straße 43 Erleichterte Zahlungsbedingungen Leopold Reinisch Dohnaische Straße 11 Fleisch- und Wurstwaren Kurt Böhme Kolonialwaren und Landesprodukte	ROBERT BOHME Neustädter Str. 4. Fleisch- und Wurstwaren Jos. Tuma Niedermühle Brot- und Weißbäckerei Gustav Pöche, Göttinger Str. 34 Lebensmittel u. hauswirtschaftl. Warenwaren BRUNO ROLLIG, Finkengulweg 26 Molkereiprodukte und eigene Schlächterei Refineration und Kolonialwaren Rust Endler, Blumenstraße 10 Hugo Endler, Blumenstraße 10 Fleisch- und Wurstwaren Bernhard Gebauer, Herligswalder 3 Brot- und Weißbäckerei Seifen, Seifenpulver Richard Riehme
HEIDENAU		Dresden-Klein-Zschachwitz		LUGA-GOMMERN
Ratskeller Heidenau Gutes und billiges Speisehaus am Platz Kegelbahn / Albertstraße 15 / Schallig, Gertra Rats-Drogerie Georg Rehkund, Fabrikstraße 9 Feine Fleisch- und Wurstwaren Thott, Oesen, Ebnitzstraße 62 Eisenwaren Haus- und Küchengeräte R. Nako, Dresdener Straße 18 Königs-Drogerie und Photohaus Christoph Gunkel, Königstr. 46	Milch- u. Butterhandlung Eier / diverse Käse Paul Linaschk, Pflanzstraße 12 LOCKWITZ b. Dresden Trinkt Seifert-Liköre u. Brantweine Scharfe Ecke, Lockwitz Emmrich's Gasthaus im Lockwitzgrund Die bekannte Eisbahnstraße - Jeden Sonntag und Sonntag Konzert Kolonialwaren / Tabakwaren / Weine Friedr. Reichner, Poststraße 116 Fachgeschäft und Reparaturen in Fahrrädern und Nähmaschinen W. Schwarz, Niedersedlitz Straße 72c	Brot- und Weißbäckerei OTTO MÜLLER, Industriestraße 1 NIEDERSEDLITZ-LUGA Kolonial-, Schnitt- u. Geschirrtwaren Ida Langfort, Gommerser Straße 5 BRAND ERBISDORF Bäckerei, Konditorei, Kolonial- u. Hauswaren Molkerei-Vollort und Feinbäckerei Kurt Wagner, Friedenstraße 52c Restaurant Waldfrieden zum Vereingel Feld Schöner Ausflugsort. Inh.: Ernst Classenitzer Kolonial- und Getreidewaren, Zigarren, Zigaretten Tabak. A. Liebächer, Dornstraße 7c Paul Grellmann Grün- und Fischwarengeschäft Hauptstraße 89 Bierereihandlung u. Fabrik alkoholf. Getränke FRANZ TREXLER, Fährstraße 137 Empfehl. Biere der Kadaberger Exportbierbrauerei / Lebensmittel aller Art OSCAR CHRAMM Weiß- und Feinbäckerei. Hauptstraße 99 Krausens Mühle Inh.: Otto Wilhelm Jeden Sonntag Hotte Ballmusik Berlin-Borsdorfer Straße 66d Zigarrenhaus Hans Neubert Brand-Obstgärt, Zehlsauerstraße 32 Filiale: Döhringstr. 20 Alma Neuber, Bohne str. 20 Weiß-, Woll- u. Manufakturwaren Damenkonfektion	PAUL RITTER, Fleischer Bismarckstraße 10 Max Zimmermann, Bäcker Hauptstraße 25 PAUL LESER, Fahrräder und Nähmaschinen, Hainberger Straße 6 Martin Claus Kolonialwaren, Farben, Spirituosen Hainberger Straße 15 COSSMANNSDORF Agnes Artikus, Lebensmittel Rabenauer Straße 96 THARANDT b. Dresden Max Uschner, Schuhmacherei Wiedersdorfer Straße 24 Martin Böhm, Milchgeschäft, Markt 57 Otto Müller, Fleischer Markt 39 Luise Behrens, Herren- und Damen- Friseurgeschäft, Dresdener Straße 78 HAINSBURG b. Dresden Minna Müller, Dresdener Straße 28 LEBENSMITTEL Otto Lehmann, Bäckerei und Konditorei Dresdener Straße 70 Reinhold Kellig, Kolonialwaren und Feinbrot, Rabenauer Straße 15	
RABENAU		GITTERSEE		
Glas- und Farbenhandlung OTTO AULHORN, Dresdener Straße 71 Konfektion, Schuh- u. Wollwaren, E. Göpfert Dresdener Straße 48 DIPPOLDISWALDE Hugo Hickmann Gasthaus und Fleischer Schuhgasse 102 Max Löwe, Lederausstatt., Schuhmacherei, Offenh. Lederwaren. Gerberplatz 216 Bruno Hamann, Lebensmittel, Rauchwaren Albersberger Straße 172 Mode-Haus Carl Marschner Größte Auswahl / Billigste Einkaufsquelle. Kirchplatz 131 ERNST MENDE, MARKT 28 LEBENSMITTEL ALFRED KUNNEL Kohlenhandlung Oberpostplatz 144 Kurt Schreiber / Fleischer Kirchgasse 5 Schnitt-, Weiß- u. Wollwaren Wilhelm Gottschalk, Dresdener Straße 142				

DRESDEN ALTSTADT

DRESDEN PIESCHEN

DRESDEN NEUSTADT

Besucht das Capitol! Lichtspieltheater Prager Str. 31

Heinrich Thomschke Inhaber Arnold Herbold Spirituosen, Likörfabrik

Handtücher, Dessert, 4 0.26, Bettwäsche, 7 m lang, 4 3.50

Vogel & Scheuch Frauenstraße 10, Lampenschirme

Handelsgesellschaft G. Hof & Co. Freiburger Straße 71 b

Schießsport Verleiht Katalog, Oßfert, Wettberer 51

M. Langer, Frauenstr. 12 Damen- und Herren-Bekleidung

Anzüge • Mäntel • Hosen Fritz W. ner, Wettinerstraße 51

Leo u. Heinrich Zweig Bekleidung und Wäsche aller Art

Gustav Lessig Kohlenhandlung Torgauer Str. 24

Felle gerbt, Gerberei, Annahme, Gerni Meier

Faschenbier-Großhandlung Aug. Musch, Osterbergstr. 13

Wild • Geflügel • Feinkost Edwin Recht, Ochsitzer Straße 21

Dampf-Wäscherel „Fortschritt“ Bürgerstraße 20

Möbel aller Art Paul Schmeie, Rehefelder Straße 6

Dresdner Feldschlößchen-Biere Beliebte Qualitäts-Biere

Glan & Pötschke Mineralwasser-Fabrik Bier-Großhandlung

Eduard Konrad Glas / Porzellan / Steingut Königsbrücker Straße 24

Haus- und Küchengeräte M. Heinrich, Bischofsplatz 4

J. Nowak Schuhwaren Leipziger Str. 110

M. Grimmer Parfümerien, Seifen

Drogerie Max Franz Kräuter / Farben / Lacke

FAHRRÄDER Fahrrad-Ritter, Dammweg 5

Kurz-, Weiß- und Wollwaren Berinold Wronkow

Warenhaus Meldner & Co. Dresden-N., Bischofspl. 8/10

ZSCHACHWITZ b. Dr.

RESTAURANT LUISENHOF Telefon Niederz. 101

Kolonialwaren, Zigarren, Tabake Arno Fischer

Brot-, Weiß- und Feinbäckerei Franz Häbert

Brot-, Weiß- und Feinbäckerei Max Runze

Zigarren - Zigaretten Friseur-Geschäft Friedr. Gördli

Restaurant Steglich, Simonstr. 10

Max Zschoke Biergroßhandlung und Mineralwasserfabrik

Friseurgeschäft Willy Köhlig, Grandauer Str. 7

Feine Fleische u. Wurstwaren Arthur Friedrich

Gart. Philipp, Spirituosen, J. Böhre

Seina Fleisch- und Wurstwaren Paul Glauwiger

Kolonialwaren, Zigarren, Obst und Gemüse

GASTHOF REICK Altreich 1, Eigenes Fleischw., schenke

Feinkost, Kolonialwaren, Spirituosen J. Kocher

Schuhhaus Alfred Jöpel Maß- und Reparaturwerkstatt

Vollständ. und etablierte Meisereiprodukte

Kolonialwaren / Sabaft u. Biscarren Hermann Schmölke

Kolonialwaren / Konserven / Kartoffelhandel

Kolonialwaren u. Fleischvertrieb

Brot-, Weiß- und Feinbäckerei Franz Häbert

Kreuz-Drogerie Berth. Hoffmann

Kolonial-, Delikatess-, Getreide- und Fleischwaren

Fein- u. Fleisch- u. Wurstwaren, Otto Adler

Brot-, Weiß-, Fleischwaren-Bäckerei und Kolonialwaren

Kurt Berthold Buchhandl., Schreib-, Tischwaren

Obst, Gemüse, Kolonialwaren u. Kartoffel-Großhandlung

Herren- und Damenkleidungsgeschäft Emil Conger

Schnitt- und Kolonialwaren W. O. Ouhmüller

Brot-, Weiß- u. Feinbäckerei AUGUST ROSSLER

WARENHAUS KURT HEINZE Stephensonstraße 16

Schuhwarenhaus Max Schmidt

Kolonialwaren, Feinkost, Futter- und Düngemittel

DRESDEN LAUBEGAST Meißner Restaurant

DAMPFWÄSCHEREI M. Bracht LEIPZIGER STRASSE 92

Paul Körtgen, Obst, Gemüse, Süßfrüchte

Willy Kux, Konkordienstr. 41 Bettfedern, Matratzen

Paul Richter, Mohenstr. 24 Textilwaren, Wollwaren

Max Krenkel, Fleischermesse Ochsitzer Straße 19

Brot-, Weiß- und Feinbäckerei Erich Weise

Dresden-Mitteln Trachau Schuhe - Geller - Sport

Möbelhaus Otto Schmieder Leipziger Straße 161

Fischhandlung Max Jannasch

Georg Hirsch Kurz-, Weiß- und Schmitzwaren

Obst-, Gemüse- und Flaschenhergarkauf

Kolonialwaren u. Flaschenbierverkauf

Schuhwaren, nur sad preiswert, elegant

HOSIERWITZ-WACHWITZ Radol, Knöpfe, Erdemittel

Stano Wichter, Obst, Gemüse, Süßfrüchte

DRESDEN-LOCKWITZ Feine Fleisch- und Wurstwaren

Brot- und Feinbäckerei Franz Ulrich

Unterer Bahnhof Postamt

Fleisch- und Wurstwaren E. Volz, Talstraße 60

Triebischtaler Lebensmittelhaus Talstraße 68

Fleisch und Wurstwaren Hans Haase

Meißener Fahrradhaus Gerbergasse 13

Molkerei Meißen E. O. m. B. H.

Fleisch- und Wurstwaren A. Wippler

Kolonialwaren F. W. Bier

Volksbekleidungshaus Zengasse 66

Messow & Waldschmidt Nachf. Kurt-, Weiß-, Woll- und Manufakturwaren

Kolonialwaren / Spirituosen Tabake / Zigarren

STETZSCH KPMNITZ Strickerlei und Textilwaren

H. Raiser, Fleischer Meißener Straße 25

R. Schöber, Fleischer Steinfeld-Kemmh

COSSEBAUDE Molkerei und Lebensmittelhandlung

Arthur Lindner / "Schmitz- u. Wippler"

Herren-, Damen- und Kinder-Garderobe

H. SACHS, Elbstraße 26

Alpina-Uhren nur bei Fritz Hoche

Musikhaus Gustav Häbler

Wollwaren u. Trikotunterwäsche Paul Wönscher

Lederhandlung Löbe Fabrikstraße 6

Drogen- und Farbenhandlung Richard Bennewitz Nachf.

Hygienische Gummiwaren

Möbel aller Art W. Pietsch

Meißner Radio-Zentrale Leipziger Straße 39

Franz Kern, Uhrmacher Am Bahnhof

Schuhhaus Gebr. Kunze

DRESDEN-LOSCHWITZ Konzert- und Ballsaal

ZSCHIEREN Fleisch- und Wurstwaren

OTTENDORF-OKRILLA Fleisch- u. Wurstwaren

RADEBURG Herren- und Damen-Friseur

Führer durch die Markthalle Antonsplatz am Postplatz

Fleisch- und Wurstwaren Achtung! Frische und gepökelte Schweinefleisch

Fleisch- und Wurstwaren Bruno Häbig, Fleischermeister

Obst - Gemüse - Süßfrüchte Karl Neu, Landprodukte

Obst - Gemüse - Süßfrüchte ERICH HARTWIG

Kolonialwaren Fier - Butter - Käse Paul Kerner

Macht nur bei unseren Inserenten!

